

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt 10000.—
ins Ausland 15000 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher:
2273, 3110.

Tele.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Er scheint
an allen Verlagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens... 250.— M.
Reklameteil 750.— M.

Für Aufträge
aus Deutschland
in deutscher Währung nach Kurs.

Polen und Danzig.

Das Verhältnis der Republik Polen zur Freien Stadt Danzig ist gegenwärtig die Hauptfrage der auswärtigen Politik. In Polen herrscht in weiten Kreisen große Erregung und Erbitterung gegen die Freie Stadt, die an der Mündung der Hauptwasserstraße des Landes liegt, seinen Zugang zum Meere bewachend und die nach Meinung vieler Leute Polen zu wenig entgegenkommt, ja ihm absichtlich Schwierigkeiten in den Weg legt. Sieht man aber genauer zu, so handelt es sich um ziemlich unbedeutende Meinungsverschiedenheiten, die von den polnischen Nationalisten aufgebauscht werden, bis sie zu schwierigen Streitfragen werden. Hauptsächlich ist auch an diesen Differenzen die unklare staatsrechtliche Stellung der Freien Stadt schuld. Nach Artikel 102 des Versailler Vertrages ist Danzig eine Freie Stadt und tritt unter den Schutz des Völkerbundes. Nach Artikel 104 verpflichten sich die Mächte, ein Übereinkommen zwischen Polen und Danzig zu vermitteln. Die Zwecke dieses Übereinkommens werden dann aufgezählt. Dieses Abkommen wurde am 9. November 1920 in Paris geschlossen. Artikel 103 des Versailler Vertrages bestimmt, daß der Hohe Kommissar des Völkerbundes die höchste Instanz ist für alle Streitigkeiten, die zwischen Polen und der Freien Stadt aus Anlaß des Vertrages oder der ergänzenden Abmachungen bestehen. Man sieht, daß die Autorität des Völkerbundes und die staatsrechtliche Verbindung mit Polen, die soweit geht, daß die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt sowie der Schutz der Danziger Staatsangehörigen in fremden Ländern Polen obliegt, leicht miteinander in Konflikt geraten können. Daß dies häufig geschehen ist, hat der bisherige Verlauf der polnisch-Danziger Beziehungen gezeigt. In den letzten Wochen hatte die Erbitterung gegen Danzig bei den polnischen Nationalisten den Höhepunkt erreicht. Eine gewisse Ernüchterung und Abkühlung zeigt sich erst jetzt in der neuesten Erklärung des Ministerrates vom 15. Mai.

Die Hauptstreitpunkte, über die seinerzeit berichtet wurde, sind die Zollfragen. Vor einiger Zeit faßte Polen den Beschluß, für alle aus Danzig und nach Danzig aus- und eingeführten Waren polnische Aus- und Einfuhrbewilligungen zu verlangen.

Ein zweiter Punkt ist der Hafenrat, der wie der Minister Plucinski sich ausdrückt, tatsächlich zu einem „Konferenzkomitee“ geworden ist. Der Hafenrat prozessiert, wie der Minister ihm vorwirft, mit der polnischen Regierung und bemüht sich, Polen Verpflichtungen finanzieller Natur aufzulegen. Wenn man objektiv urteilen will, so ist der Hafenrat vollaus berechtigigt, die finanziellen Interessen der Hafenstadt wahrzunehmen, da sich Danzig bekanntlich in einer sehr schwierigen Finanzlage befindet. Sollte doch die Freie Stadt für den im Gründungsjahr durch französisches und englisches Militär gewährten Schutz die Riesensumme von 227 755 Pfd. Sterling und mehr als 4 Millionen Franken zahlen. Daß bei einer derartigen Belastung natürlich der Hafenrat das finanzielle Interesse der Stadt wahrnehmen will, kann ihm doch nur ein überholender Beurteiler zum Vorwurf machen.

Herr Plucinski behauptet in einer Erklärung, die er am 7. Mai durch die polnische Telegraphenagentur verbreiten ließ, daß „die Rechte Polens die Ursache seien, wegen deren die Freie Stadt ins Leben gerufen wurde.“ Angeblich soll also der Freistaat nur deshalb gegründet sein, um Polen einen freien Zugang zum Meere zu gewähren. Das heißt aber, die Dinge vollständig auf den Kopf stellen. Gerade das Gegenteil ist richtig. Wenn die Alliierten nichts anderes im Auge gehabt hätten, als Polen den freien Zugang zum Meere zu sichern, so hätten sie einfach die Freie Stadt und ihr Gebiet zu einem organischen Bestandteil Polens machen müssen. Dies zu tun hinderte sie aber der tatsächliche ganz und gar deutsche Charakter der Stadt und der Rückblick auf ihre Geschichte.

War doch Danzig von jeher eine vollkommen selbstständige Freistadt. Die Herzöge von Pommern riefen die Deutschen ins Land und beliehen Danzig, das vor der Ankunft der Deutschen nur ein großes Fischerdorf war, in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts mit einer deutschen Stadtverfassung. 1308 baute der deutsche Orden in viel größerem Maßstabe als früher eine neue rein deutsche Stadt auf, die sich bald im deutschen Hansabunde eine hervorragende Stellung erwarb. Nach dem Tode von Tannenberg huldigte Danzig aus politischer Klugheit am 7. August 1410 dem Gesandten des polnischen Königs. Unter den Vorrechten der Freien Stadt befand sich die Zollfreiheit. Während der 329 Jahre, in denen Danzig der polnischen Krone angehörte, blieb es fort und fort ein Herd deutscher Kultur und preußischen Hansageistes. Eine unabhängige, nach einem eigenen Gesetzbuch, der „Danziger Willkür“ gelebte Gerichtsbarkeit, das Münz- und Befestigungsrecht, die freie Befugnis zu Blindnissen, zu Krieg und Frieden, die sie des öfteren befüßte, gaben ihr den Charakter eines Freistaates. Jeder Versuch der polnischen Könige, wie des Adels, den engen Bereich der königlichen und staatlichen Befugnis zu erweitern, wurde mit viel diplomatischem Geschick oder, wenn es sein mußte, mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Danzig

Der Ministerrat über die Danziger Frage.

Der Ministerrat beriet in seiner Montagssitzung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten über die polnisch-Danziger Beziehungen und andere Fragen der polnischen Außenpolitik. Nach Anhören des Referats des polnischen Generalkommissars in Danzig, Minister Plucinski, präzisierte der Ministerrat seinen Standpunkt dahin, daß sich das Verhältnis Polens zu Danzig auf den Versailler Vertrag stütze, dessen Grundsätze und Bestimmungen durch keine späteren Ausführungskonventionen und Ergänzungsabkommen verletzt würden. Die polnische Regierung sehe sich genötigt, angesichts der durch den Widerstand des Danziger Senats verursachten wirtschaftlichen Schäden alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um sich die Polen zukommenden souveränen Rechte zu sichern. Die polnische Regierung wird sich auch darum bemühen, daß ihre Stellungnahme hinsichtlich der Interpretation des Versailler Vertrages beim Völkerbunde Anerkennung findet, und daß die Kompetenzen derjenigen Behörden, die auf Grund des Vertrages zur Überwachung seiner Durchführung

berufen sind, abgegrenzt werden. Die polnische Regierung ist entschlossen, die gegenwärtige Rechtslage zu wahren und keine Verletzung von irgend einer Seite zuzulassen. Alle Gerüchte, Polen wolle sich sein Recht auf andere Weise holen, entbehren also vollkommen der Grundlage und stehen mit dem tatsächlichen Stand der Dinge in direktem Widerspruch. Die polnische Regierung beabsichtigt, im Gebiet der Republik Maßnahmen zu treffen, die bezwecken, die vor den Schiffen zu schützen, denen sie jetzt ausgesetzt ist.

In der Memelfrage nahm der Ministerrat den Bericht des Außenministers zur Kenntnis und billigte den vorgelegten Plan für die Aktion zur Garantierung der polnischen Wirtschaftsinteressen im Memeler Hafen.

Betreffs der polnisch-russischen Beziehungen nahm der Ministerrat dem vom polnischen Gesandten in Moskau erstatteten Bericht entgegen und billigte die von ihm vorgelegten Anträge die auch die Einwanderungs- und Rücktransportfragen betreffen.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Memel.

Es wurde durch eine Bekanntmachung in Memel der Ausnahmezustand aufgehoben. Gleichzeitig wurden alle Militärbehörden aufgehoben. Zugleich wurde die Presse- und Versammlungsfreiheit wieder eingeführt. Diese Verordnung gilt jedoch nicht für die Presse, die von Leuten, welche nicht Memeler Bürger sind, geleitet wird. Es ist charakteristisch, daß die von Litauen ausgesprochene Autonomie für Memel bis jetzt noch nicht amtlich bekanntgegeben wurde. Die Nachrichten über die Einzelheiten der Autonomie stützen sich auf private Mitteilungen und auf eine Rede von Galbanaukas.

Die Botschafterkonferenz gegen Litauen.

Das polnische Außenministerium hat jetzt aus Paris die Nachricht erhalten, daß die Botschafterkonferenz am 9. Mai beschlossen hat, die litauische Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß die in der Konferenz repräsentierten alliierten Mächte, die die ausschließliche Souveränität über das Memeler Gebiet besitzen, die von der litauischen Regierung proklamierte Autonomie des Memeler Gebietes als ungültig ansehen, da die Entscheidung Litauens dem Resultat der jetzt im Gang befindlichen Verhandlungen über das Statut für das Memeler Territorium vorgehe.

Einführung der zweijährigen Dienstzeit.

Bei der Sitzung der Heereskommission im Sejm vom 15. d. Mts. unter Leitung des Abg. Maczyski fand eine besondere Erörterung statt über den Gesetzentwurf über die allgemeine Dienstpflicht. In zweiter Lesung wurden die vier ersten Artikel des Entwurfes im Wortlaut der Regierung angenommen. Eine längere Diskussion rief der Artikel 3 hervor, der von der Zeitdauer des Heeresdienstes handelt. Für eine zweijährige Dienstzeit mit Verlängerung um einen Monat für die Reiterei und veritene Artillerie sprachen sich nachstehende Abgeordnete aus: Zukoski, Wodzinski, Polakiewicz, Pienkajewski, Wlaskowski, Wlaskowski, Goller. Der Abg. Liebertmann jedoch forderte eine einjährige Dienstzeit und nach Ablehnung dieses Antrages sprach er das „Votum der Minderheit“ aus. Abg. Michalak forderte eine eineinhalbjährige Dienstzeit bei den Infanterie und eine zweijährige bei den anderen Waffengattungen. Die Abg. Gwizdowski und Kosciatowski forderten eine 1½-jährige Dienstzeit für alle Waffengattungen mit einmonatiger Verlängerung für Reiterei und Artillerie. Nach erschöpfender Erörterung wurde der Antrag auf zweijährige Dienstzeit angenommen. Ferner wurden dem Vertreter des Kriegsministeriums eine Reihe von Eingaben überreicht, und zwar vom Abg. Zukoski in Sachen der Pulverfabrik in Sodagew, die den an sie gestellten Anforderungen nicht entspricht, vom Abg. Makinowski in Sachen der schwachen Behandlung der Reservisten, vom Abg. Labeda wegen der Nichtzahlung der Hilfs-

gelder für die Familien der Reservisten. Hierauf interpellierte Kosciatowski wegen des Dienstes der zu Studienzwecken Abkommandierten, und Pienkajewski auf Grund der Nichtbefreiung von Soldaten aus dem Jolibatillon. Der Vertreter des Kriegsministeriums erklärte, daß er die Antworten auf die eingereichten Eingaben in einer der folgenden Kommissionssitzungen erteilen werde.

Hohe Anerkennung für Pilsudski.

In einer Unterredung mit einem französischen Journalisten sagte Marschall Foch, daß Polen für den Fall eines Krieges nicht den Rat französischer Generale brauche, da es selbst tüchtige und erfahrene Führer besitze, die ihrer Aufgabe voll gerecht werden. Während eines Offens im Schloß sagte der Marschall zu seiner Ernennung zum Marschall von Polen und zur Verleihung des Ordens „Virtuti militari“ folgendes: Wie einst die Dekorierung die Namen des Marschalls Dabouski und des Marschalls Boniatowski verband, so wollen Sie jetzt den Namen des Marschalls Foch mit dem Namen des Marschalls Pilsudski vereinigen. Abtrünnig war Foch zu einer zu seinen Ehren vom Verband der Rechtsparteien veranstalteten Feier, bei der Glabinski, Rabski, Stroski, Gwizdowski, Gwizdowski und andere Führer des Einheitsbundes sprachen, nicht erschienen.

war niemals durch Realunion mit dem polnischen Reiche sondern nur durch Personalunion mit dem polnischen Könige verbunden. Als 1772 Pommern an das Königreich Preußen fiel, Danzig aber noch polnischer Freistaat blieb, waren ihm die Lebensbedingungen unterbunden, und es stand nahe vor dem völligen Zusammenbruch. Daher wurde selbst von starren Republikanern die Okkupation durch Preußen im Jahre 1793 als Erlösung von unerträglichen wirtschaftlichen Zuständen begrüßt.

Die Einwohnerschaft ist fast überwiegend deutsch. Nach dem Jahresbericht des Statistischen Amtes von 1911 hatte die Volkszählung vom 1. Dezember 1910 festgestellt, daß in der Stadt Danzig 966,71 pro Mille der Einwohner deutsch, 20,3 pro Mille polnisch, 0,9 pro Mille kaschubisch sprachen. Ebenso ist es in der Umgebung der Stadt. Der Kreis Stadt Danzig weist 97% Deutsche auf, Danzig-Höhe 89%, Danzig-Niederung 99%. Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 16. Mai 1920 ergaben 6% polnische und 94% deutsche Stimmen. Sie waren auf Grund des freiesten Wahlrechts der Welt erfolgt, nichts war polnischseits verabsäumt, den letzten Mann an die Urne zu bringen.

So hat die Danziger Bevölkerung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die volle moralische Berechtigung, ihr Deutschtum zu betonen und zu verteidigen. In diesem Punkte besteht allerdings ein Widerstreit der Interessen zwischen Danzig und den polnischen Chauvinisten. Das fortwährende Geschrei von „Danziger Kafatisten“, von „Kreuzrittern“ und von den „Befehlen aus Berlin“ zeigt den ganzen Unwillen der polnischen Kafatisten über das tatsächlich deutsche Gepräge der Stadt. Mit allen Mitteln sucht man die Polonisierung der Stadt zu fördern, wobei man jedoch auf den härtesten Widerstand nicht nur des Senates, sondern auch aller Bevölkerungsklassen und zwar am allermeisten der niederen stößt. Wirtschaftlich hingegen dürfte es wirklich keine Schwierigkeiten geben. Polen ist auf den Danziger Hafen und seine

Einrichtungen angewiesen. Danzig wieder kann seine Lebensmittelversorgung nicht ohne polnische Hilfe aufrecht erhalten.

Der gegenwärtige Wirtschaftshott, den Polen gegen Danzig verhängt hat, steht in direktem Widerspruch zu dem beiderseitig unterzeichneten Abkommen. Man wird sehen, ob es Polen gelingt, den Völkerbund von der Rechtmäßigkeit seines Vorgehens zu überzeugen. Sehr wahrscheinlich ist das nicht. Und wenn man es dennoch wagen will, sich über die „geschriebenen Rechte“ hinwegzusetzen und „natürliche“ Rechte geltend zu machen, so kann man politisch-international nur allzu leicht in eine Sackgasse geraten. Denn in letztem Grund nimmt Polen doch hiermit den Kampf mit dem Völkerbund und seinem Danziger Vertreter, dem Hohen Kommissar, auf, der der natürlichen Schlichter nicht der „natürlichen“, sondern der geschriebenen Rechte ist. Man wird in Polen sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß England an der Aufrechterhaltung dieser Rolle des Völkerbundes immerhin ein recht bedeutendes Interesse hat. Polen wird finden, daß Danzig kein Memel ist. Die Interessen Englands an der Beibehaltung der rechtlichen Lage sind hier bei weitem bedeutender, und außerdem sind Polen sowohl als Danzig geographische Begriffe, die besser bekannt sind als Litauen und Memel, und die deshalb den Western näher anliegen als jene.

Polen wird mit Erstaunen erkennen, daß gerade in den Beziehungen zwischen Polen und der Freien Stadt die Meinung der Welt, soweit sie unparteiisch ist, nicht als Nebensache behandelt werden kann. Es gibt in Polen rechtstehende Kreise, die man am besten als „polnische Kafatisten“ bezeichnet, die auf einen Gewaltakt hinarbeiten. Der Warschauer Ministerrat hat am Montag jede Gewaltaktion abgelehnt. Es wäre schwer für eine Regierung, einen solchen Beschluß zu fassen und ihn zu veröffentlichen, wenn sie anders im Sinne hätte. Man kann also behaupten, daß jetzt eine Entspannung eingetreten ist, die die Befürchtungen, die in manchen Kreisen ausgesprochen wurden, hinfällig machen. Wir sind der Ansicht, daß ein Gewaltakt Polens gegen Danzig in absehbarer Zeit nicht zu befürchten ist.

*) Siehe Dr. R. Pfeuffer, „Die völkerrechtliche Stellung der Stadt Danzig, Danzig 1921“, geschichtliche Einleitung.

Die Pressekonferenz.

Am Dienstag vormittag begannen die Beratungen der Pressekonferenz in Warschau, die vom Ministerpräsident Sikorski einberufen worden war. An der Konferenz nahmen ungefähr 150 Pressevertreter teil, darunter auch der Hauptschriftleiter des „Pol. Tagebl.“, Dr. Goewenthal. Die Beratungen eröffnete der Ministerpräsident mit einer Ansprache, in der er betonte, daß der Zweck der Konferenz die Erleichterung der Existenz der durch die jetzigen schwierigen Wirtschaftsbedingungen bedrängten Presse sei. Der Vorsitzende des Warschauer Journalisteninstituts, Abg. Dabicki, dankte dem Ministerpräsidenten für die Initiative bei der Einberufung der Pressekonferenz. Darauf sprachen einige Pressevertreter und gaben ein Bild über die schwierige Lage der Presse in Polen. Besonders starken Eindruck machte die Rede des Redakteurs Biniziewicz und des Geistlichen Kantak, die die Lage der polnischen Presse in Danzig und in Oberschlesien schilderten, wo ohne Hilfe seitens der Regierung mit der Gefahr völligen Verfallens gerechnet werden müsse. Es wurden dann 2 Ausführungsausschüsse gewählt, ein Verlags- und ein Informations-Ausschuß, der erste unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Subiaszki.

Entwurf eines neuen Pressegesetzes.

Das Justizministerium hat einen Pressegesetzentwurf ausgearbeitet, der demnächst dem Ministerrat vorgelegt werden soll. Der Entwurf ist unter Berücksichtigung der Gesetze in den drei früheren Teilgebieten abgefaßt worden.

Die Arbeit der Sejmatausschüsse.

Gesetzgebungs-Ausschuß.

In der Dienstagssitzung des Gesetzgebungs-Ausschusses des Sejm sollten folgende Referate verteilt werden:

1. über die weitere Banknotenermission.
2. über den Gesetzentwurf betreffend das Haushaltsprovisorium für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni.
3. über den Gesetzentwurf betreffend das 2. Haushaltsprovisorium für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März. Da kein Ausschußmitglied ein Referat annehmen wollte, was mit Rücksicht auf die unklare Kabinettslage geschehen sein wird, erklärte der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Gajdański, daß er sich an den Sejmarschall wenden werde, damit dieser die Referenten ex officio bestimme.

Die Verfassungskommission.

tagte unter Leitung des Abg. Rutkowski. Das Referat über Verfassungen übernahm Abg. Rutkowski. Der Gesetzentwurf über den Ausnahmezustand gehört ins Gebiet der Rechtskommission und wird daher dieser überwiesen.

Schatzkommission.

Abg. Wyka berichtete über den Gesetzentwurf betreffend die Einkommensteuer im ehemals preussischen Gebiet. Der Entwurf wurde im Sinne des Regierungsantrages angenommen, mit kleinen Änderungen formeller Natur. Abg. Moraczewski stellte den Antrag, die Stufe niedriger zu bemessen als der Entwurf vorsah, wenn es sich um dienstliche Steuern auf Rechnung von kommunalen Institutionen und Verbänden handelt. Dieser Antrag erlangte keine Mehrheit. In der

Kommission für Industrie und Handel.

wurde Abg. Kucharski (früher Minister in Posen) zum Delegierten für die interparlamentarische Versammlung der Industrie, die in Prag vom 21. bis 24. d. Mts. stattfindet, gewählt.

Neue Gesetzentwürfe.

Dem Sejm sind neue Gesetzentwürfe zugegangen: Vom Hauptlandamt über die Verzeileerungs- und Auslieferungsaktion und ihre Finanzierung, von Seiten der Regierung über die Mieterschutzgesetze.

Der Entwurf des Mieterschutzgesetzes.

Nach Erörterung durch die interministerielle Kommission an den Wohnungsrat gelangt, wo in einer Reihe von Sitzungen Änderungen beschlossen wurden. Nach Beendigung der Beratungen wurde der Entwurf an den Ministerrat verwiesen. Unabhängig vom allgemeinen Mieterschutzgesetz hat das Finanzministerium ein Projekt für die Änderungen bezüglich der Höhe der Mieten ausgearbeitet. Der Entwurf sieht die Berechnung der Mieten in polnischen Gulden vor. Nach endgültiger Bearbeitung durch den Wirtschafts- und den Finanzkomitees werden die Entwürfe Gegenstand von Sejmberatungen werden.

Zur Frage der polnischen Staatsbürgerschaft.

Der Artikel 4 des Minderheitenschutzvertrages sieht vor, daß diejenigen Personen polnische Staatsangehörige werden, die in den Polen durch den Versailler Vertrag aufgenommen

Gebieten von dort wohnhaften Eltern geboren sind. Bekanntlich wurde zahlreichen Deutschen das polnische Bürgerrecht, das ihnen auf Grund dieses Artikels gebührte, verweigert oder wieder abgenommen, da die polnischen Behörden sich auf den Standpunkt stellten, daß die Eltern am 10. Januar 1920 noch am Leben sein mußten. Von vornherein war diese ungünstige Auffassung nicht vorhanden. Noch vor zwei Jahren billigte man das Bürgerrecht auch den Leuten zu, deren Eltern vor 1920 auf polnischem Gebiet gestorben waren, wenn nicht etwa triftige Gründe für die Annahme vorlagen, daß die Eltern vor diesem Termin das Land verlassen hätten. (Man denke etwa an einen höheren preussischen Beamten, der nach dem Tode der Regierung nur eine gewisse Anzahl von Jahren hier geblieben wäre.) Bei Leuten jedoch, deren Eltern eine Abfahrt, auszuwandern, nicht nachgewiesen werden konnte, zum Beispiel bei Landwirten, Geschäftsleuten, Ärzten usw., gab man dem Vertrag die Auslegung, die natürlich und vernünftig war.

In der letzten Zeit, besonders seit dem großen Erfolge der deutschen Winderheit bei den letzten Wahlen, also aus politischen Gründen, wird viel strenger verfahren, ohne Rücksicht auf die Ansicht und Meinung des Betroffenen. Es wird verlangt, daß beide Eltern 1920 am Leben waren. Bis jetzt kann diese Auffassung noch nicht als unbestrittenes Recht gelten. Es handelt sich nur um eine „administrative Auslegung“, ein „Gerichtsurteil“ (usus forensis), in dieser Sache ist noch nicht ergangen. Wünschenswert wäre es nun, wenn sich ein Gerichtsurteil erzielen ließe, damit diese Frage ein für allemal entschieden ist. Ein solches Gerichtsurteil könnte nur vor dem Oberverwaltungsgericht in Warschau (Najwyższy Trybunał Administracyjny) gefällt werden. Wessen Gesuch um das Bürgerrecht nun aus dem erwähnten Grunde abgelehnt oder wem das anfangs zuerkannte Bürgerrecht wieder abgesprochen wurde, dem ist zu raten, daß er den Rechtsweg beschreiten möge. Dieser ist der folgende:

1. Man stellt einen Antrag an das Starostwo um Ausstellung einer Bürgerurkunde. Dieser Antrag kostet 15 000 Mark Stempelgebühr, und man erhält eine Bescheinigung, daß man diesen Antrag gestellt hat. Diese Bescheinigung kann unter Umständen von Nutzen sein und gibt dem Bewerber einen gewissen moralischen Rückhalt gegenüber den Behörden, besonders im Falle einer Ausweisung in Frage kommen sollte.
2. Wird der Antrag abgelehnt unter Berufung auf die bekannte Auslegung des Artikels 4, so ist ein zweites Gesuch an das Województwo, als die nächst höhere Instanz, einzu-reichen.
3. Wird das Gesuch unter Berufung auf die administrative Auslegung des Artikels 4 auch hier abgelehnt, so tritt das Recht der Klage beim Oberverwaltungsgericht in Kraft.

Dieses ist ein vollkommen unabhängiges, nur aus Juristen zusammengesetztes Gericht. Seine Entscheidung ist endgültig, und wenn sie für den Antragsteller günstig ist, so ist das Ministerium des Innern gezwungen, umzusetzen und seinen unterstellten Behörden die Anweisung zu geben, das Bürgerrecht nicht mehr zu verweigern, weil am 10. Januar 1920 nicht mehr beide Eltern am Leben waren. Es ist anzunehmen, daß bis zur endgültigen Entscheidung ein Vierteljahr verläuft. Hieraus beträgt der Preis eines Diploms mit der Anerkennung des Bürgerrechts 350 000 Mk. Wer die Frage seines Bürgerrechts entschieden wissen will, dem ist der von uns geschilderte Weg dringend anzuraten.

Aus der polnischen Presse.

Die „Gazeta Polska“ vertritt sich in ihrer Dienstagnummer unter der Überschrift: „Die Deutschen als Gefahr für Europa“ zu folgenden wilden Phantasien:

„Keiner der europäischen Staaten hat an anderen Nationen so viel Verbrechen begangen, wie der deutsche Staat. Drei Viertel des heutigen Deutschlands sind deutsche Friedhöfe, auf denen die Deutschen die slawische Bevölkerung mit Blut und Eisen, ja sogar mit Gift ausgerottet haben. Auch jetzt kämpfen die Deutschen mit Gift, mit dem sie in wahrhaft tierischer Weise ihre Feinde mordeten. Jetzt ist es dazu gekommen, daß niemand den Deutschen traut. Es ist ein wahres Glück für uns, daß der französische Politiker realistisch die Welt anschaut, daß er die Ungeheuerlichkeit der deutschen Gefahr einschätzt, obwohl man nicht wissen kann, ob die Kultur des französischen Volkes und sein Humanitätsgefühl ihm gestatten werden, gegenüber den Deutschen die Methoden anzuwenden, die allein den Frieden in der Zukunft sichern können. Wenn die Franzosen die Deutschen so kennen würden, wie wir hier in Westpolen, dann würden sie wissen, daß es Pflicht der Kultur und der Menschheit ist, dem deutschen Ungeheuer die Giftgähne auszureißen und es für immer machtlos zu machen. Die Franzosen, die vielleicht mit ihren Sozialisten rechnen, die ebenso wie bei uns ein Werkzeug der Juden, der einzigen und ständigen Verbündeten der Deutschen, sind, werden sich doch nicht zu energielosen Taten aufraffen, sondern sich mit halben Mitteln begnügen, die der deutschen Hydra gestatten, sich emporzuaraffen und noch einmal die Welt mit Menschenblut zu tränken. Nach Informationen, die öffentlich bekannt werden, bereiten sich die Deutschen eifrig zum Wiedererlangen

lungskriege vor. Sie besitzen ungeheure Munitionsvorräte, haben verdeckte Geschütze, besitzen unzählige Flugzeuge, um mit ihrer Hilfe polnische und französische Städte mit Gasen zu ersüden. Für ihre Vergeltungspläne haben sie in den russischen Juden einen mächtigen Verbündeten gewonnen, und in Rußland wird die Organisation der Roten Armee durch deutsche Offiziere großzügig vorgenommen. Heute sind Gerüchte im Umlauf, die von Polen, die durch Deutschland reisten, mitgebracht werden, daß die Deutschen zum Kriege vorbereitet sind, daß in Frankfurt a. M. der zum künftigen Kaiser Deutschlands auserkorene Prinz Eitel Friedrich weilte. Die deutschen Monarchisten erzählen, um die Sozialisten zu gewinnen, daß sich England mit Prinz Eitel Friedrich einverstanden erkläre, und daß sich die englische Regierung nur scheinbar mit Frankreich solidarisiere, in Wirklichkeit aber nichts gegen die Aktion des deutschen Heeres mit Prinz Eitel an der Spitze habe. Bedeutend ist, daß sich die russischen „Bolschewisten“ mit den preussischen Monarchisten solidarisierten, was ein offenkundiger Beweis dafür ist, daß hier die Juden und das jüdische Interesse mitspielen, nicht aber irgendwelche sozialen Ideale. Jüdische Offiziere, die in Polen in Mobilisationsorganisationen sitzen, und gekaufte jüdische Generale, sollten die auf ihren höchst verantwortlichen Posten in dem Augenblick, da die deutschen und russischen Juden sich zum Sprung auf Polen vorbereiten, wirklich die geeigneten Leute sein? Die Deutschen rechnen ganz offen mit der Hilfe der russischen Juden. Sollten sie nicht sehr wohl wissen, daß sie auch auf die Hilfe der polnischen Juden rechnen können?

Gleich interessant ist es, wie die deutsche Presse versucht, durch Artikel, die offenbar von der deutschen Regierung inspiriert werden, die Aufmerksamkeit von der Gefahr des Bündnisses Deutschlands mit den Sowjetjuden abzulenken. Die deutschen Blätter, nicht ausgenommen die, die bei uns erscheinen, bemühen sich, unsere Wachsamkeit mit statistischen Ziffern einzuschläfern, die den Beweis erbringen sollen, daß Deutschland heute mehrlos sei, da es nur ein Heer von 100 000 Mann, gegen 4 Millionen Franzosen habe. Die deutsche Gefahr wird durch diese Täuschung nicht beseitigt. Sie kann dann beseitigt werden, wenn die Hälfte der Deutschen, die im eigenen Lande keinen Verdienst mehr finden, über das Meer auswandern, wenn die französischen Strafexpeditionen in Deutschland das tun, was die Deutschen in Belgien und Frankreich getan haben.“

Wir drucken diese Ausführungen ab, um zu zeigen, was die „Gazeta Polska“ ihren Lesern bieten zu können glaubt. Im vorigen Jahre hatte sie schon einmal ihrer schredlichen Deutschen angst in einem wilden Artikel Ausdruck gegeben. Im einzelnen gegenüber den Behauptungen des Blattes die wirklichen Tatsachen zu betonen, ist überflüssig. Im ganzen genommen wirken solche Produkte durchaus erheitend. Man sieht, daß die Furcht und Unsicherheit die Leute veranlaßt, den größten Lügen Glauben zu schenken und die widersinnigsten Erwartungen auszusprechen. D. Schriftl.

Der Eindruck der Antwortnoten in Berlin.

Die englische Antwortnote wurde dem Reichskanzler Dr. Cuno am 13. Mai sofort nach ihrem Eintreffen in Berlin nach Münster telephoniert. Abschriften erhielten auch alsbald die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts. Der Reichskanzler wurde am 14. früh aus Münster zurückberufen. Seine Ankunft verzögerte sich jedoch und erfolgt erst im Laufe des Tages. Sofort nach seiner Rückkehr fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der man sich mit den Antwortnoten aus London und Rom eingehend beschäftigte.

Eine endgültige Stellungnahme ist erst in den nächsten Tagen zu erwarten, da genauestens erwogen werden muß, ob diese Note einen irgendwie geeigneten Anlaß zur Weiterführung der Besprechungen ergibt. Es muß festgestellt werden, ob, wie und auf welchem Wege eine Weiterführung der diplomatischen Schritte möglich sein wird.

Der erste Eindruck der Note, der eine große Enttäuschung war, hat sich nach näherem Studium dieses Schriftstückes bei den leitenden Kreisen noch verstärkt. Sie trägt einen fast ausschließlich negativen Charakter und läßt die Kernpunkte der deutschen Vorschläge fast völlig unbeachtet. Nur in einer Hinsicht kann man einen positiven Vorstoß entnehmen, nämlich in dem Hinweis der englischen Note auf den Bonar Law'schen Vorschlag vom Januar d. Js. in Paris. Doch wird dieser Hinweis dadurch wieder wettgemacht, daß in der italienischen Note, die offenbar in enger Fühlung mit den englischen Regierungskreisen entstanden ist, ausdrücklich betont wird, daß der Bonar Law'sche Vorschlag für Italien unannehmbar geworden sei. Was für Italien gilt, muß natürlich in noch erhöhtem Maße für Frankreich gelten.

Alles in allem läßt sich sagen, daß der Eindruck der Antworten aus London und Rom sehr ungünstig ist und daß wieder einmal leider die ersten Optimisten recht zu behalten scheinen. Unter diesen Umständen erscheint es auch zweifelhaft, ob der

Frau Else.

Die Geschichte einer Ehe.

Von L. v. Rohrscheidt.

(22. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Die ganze Gesellschaft, der Wirt an der Spitze, unterhielt sich ausgezeichnet. Das eifrige Spiel hatte hungrig und durstig gemacht. An den langen Tafeln, die auf der Veranda gedeckt waren, saß es sich herzlich bei der kühlen Bowle, deren Ende nicht abzusehen war.

„Sie sind uns aber noch die große Neugierde schuldig, die Sie uns gestern versprochen“, rief Frau Hermi v. Vergewitz. „Spannen Sie uns nicht länger auf die Folter.“

Hans-Otto lachte. Er lag recht bequem, wie ein Pascha, in seinen Korbstuhl zurückgelehnt. Die Damen umringten ihn alle mit Fragen und Bitten, jetzt das Geheimnis preiszugeben.

„Wissen Sie es denn noch nicht, Frau v. Biegeleben?“

„Ich bin so wenig neugierig“, entschuldigte sich Else.

„Meine Frau ist wirklich eine Ausnahme“, bestätigte der Chemann. „Sie kennt keine Neugierde.“

„Weiß ich hier bei uns nicht, dachtete Frau v. Vergewitz. Laut aber sagte sie: „Sie wissen gar nicht, welche eine Perle von Frau Sie haben.“

„Also!“ begann der Rittmeister, als alle Anwesenden um ihn versammelt waren: „Die verehrten Herrschaften wissen wohl schon, daß kürzlich der Großherzog von R. Chef unseres Regiments geworden ist?“

„Ach, weiter nichts?“ Allgemeine Enttäuschung.

„Weshalb geschah es denn?“

„Weil der hohe Herr seine kleine Gestalt gern einmal im Kürass und Pallask bewundern will. In seinem Ländchen gibt es aber nur Manen- und Dragonerregimenter. Unser Chef, mein früherer Gebieter, will nun dem Regiment die Ehre erzeigen, sich ihm vorzustellen, und er wählt dazu den Tag des Stiftungsfestes, im Anfang nächsten Monats. In Rücksicht auf den erlauchten Gast soll nicht nur, wie geplant,

das Rennen und das Liebesmahl, sondern am Abend auch ein Ball stattfinden.“

Nun war allerdings das allgemeine Interesse erweckt.

„Woher wissen Sie denn das früher als ich?“ sagte Frau v. Rotburg sehr erstaunt.

„Weil der Herr Oberst die Frage der Unterbringung des hohen Chefs mit mir besprechen wollte. In dem hiesigen Hotel kann der Großherzog nicht absteigen.“

„Bei uns auch nicht“, rief Frau v. Rotburg ängstlich.

„Wir müssen schon den Kommandierenden aufnehmen.“

„Das erlauchte Haupt hat den Wunsch geäußert, sich in unserer bescheidenen Gütte auf die Kissen zu betten“, fuhr Hans-Otto pathetisch fort, „und da fragte mich Ihr Herr Gemahl, ob das möglich wäre.“

„Das hat Frau Else aber natürlich gewußt, solch wichtige Frage können Sie nicht ohne sie entscheiden!“

„Meine Frau hört jetzt das erste Wort davon.“

„Welch Glück, daß Sie solche sanfte Frau haben“, rief Frau Hermi. „Ich liebe mir das nicht gefallen.“

„Das habe ich mir vielleicht einmal gedacht.“ Er sah sie mit seinen blühenden, blauen Augen nedend an, spielte er doch noch immer gern mit der früheren Kurmacherei.

„Aber Frau Else, Sie sind zu beneiden! Einen regierenden Großherzog zu bewirten!“

„Der Herr ist mir kein Fremder, er hörte das Kolleg bei meinem Vater und war häufig unser Gast.“

„Und so etwas Interessantes erzählen Sie niemals? Da kommt er gewiß her, weil er Sie wiedersehen will?“

„Der Besuch gilt eher meinem Mann, der sein langjähriger Adjutant war.“

„Wie ist er denn? Möchten Sie ihn gern, Herr v. Biegeleben?“

„Wir taten immer sehr lieblich zusammen, konnten uns aber eigentlich nicht ausstehen“, antwortete der Hausherr. „Wir werden auch jetzt unendlich gnädig sein und uns noch weniger leiden können. Wir paßt der hohe Besuch sehr wenig, aber was will man machen.“

Frau v. Biegeleben freute sich. Mit der unverbrauchten Frische ihres Wesens genoss sie nach ihrem stillen, tätigen Leben jede Zerstreuung mit Vergnügen.

„Du mußt Deine Abreise aufschieben, Mutterchen“, bat der Stiefsohn. „Die Roggenernte kann einmal ohne Dich stattfinden, mit der Heuernte ging es doch auch. — Wenn Du nicht da bist, wird der erlauchte Gast in nasse Laten gelegt und bekommt nicht genug zu essen.“

Else überhörte diese Bemerkung scheinbar; sie wußte, es war die Quittung dafür, daß sie zuerst nicht hatte Tennis spielen wollen.

Das allgemeine Interesse vertiefte sich nun in Fragen des Balles, des Liebesmahles, der Unterbringung der übrigen Gäste und verlor sich in Einzelheiten, die Rainer als halb-fremden gleichgültig ließen. Ihm erregte die Mitteilung vom Kommen des Fürsten geheimes Unbehagen. Was wollte der hier? Else wiedersehen? Hans-Otto hatte ihm doch erzählt, wie leidenschaftlich er sie liebte. Nun war sie selbst verheiratet: wozu denn die alte Wunde wieder aufreißen?

Die junge Frau war so still; erregte sie die Nachricht so? Was geht es dich denn an? fragte er sich selbst. — Das ist ja, als wenn ich eifersüchtig wäre, ich Narr! — Dazu habe ich gar kein Recht, das ist allein meines Bruders Sache.

Der Bruder tändelte und neckte sich mit den jungen Mädchen, ob seiner Frau der erwartete Besuch peinlich war, danach fragte er nicht.

Wie eine blasse, weiße Rose sah sie zwischen den übrigen erregten, lachenden Frauen aus. Schneewittchen hatte der verliebte Prinz sie genannt. Weiß wie Schnee war ihr zartes Antlitz auch jetzt, die Lippen blühten purpurrot, und die Last des ebensolchschwarzen Haars lag tief im Nacken. Rainer sah mit Teilnahme das Klopfen der blauen Adern in ihren durchsichtigen Schläfen. Weshalb zwang der Chemann sie, in der lauten Gesellschaft auszuharren, wenn sie litt? Weshalb nahm er nicht einmal tröstend ihre kleine, kalte Hand, oder trug die leichte Last in ihr stilles, kühles Zimmer? War er immer solch Selbstsuchtling gewesen?

(Fortsetzung folgt.)

Reichszentraler noch vor den Pfingstferien im Reichstage zu der Angelegenheit öffentlich Stellung nehmen wird.

Unzufriedenheit der englischen Presse.

Die englische Antwort erweist in der englischen Presse keine rechte Befriedigung. Der allgemeine Eindruck der Deutungen geht dahin, daß Lord Curzon mit Rücksicht auf Frankreich zu großes Gewicht auf den kritischen Teil der Note gelegt habe, und daß dabei der positive Teil der Note zu kurz gekommen sei. In übereinstimmung damit betrachten die wichtigsten Zeitungen als wichtigsten Charakterzug der Note nicht das, was darin steht, sondern das, worüber sie schweigend hinweggeht, insbesondere die Minderheiten und die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit, wie sie in der deutschen Note vorgeschlagen worden war.

Daß Lord Curzon diesen letzteren Punkt so völlig fallen ließ, wird vor allem auch von den „Times“ lebhaft bedauert, wie denn überhaupt dieses Blatt der Meinung ist, daß Lord Curzon mit Rücksicht auf die französische Empfindlichkeit es leider veräumt habe, bei dieser Gelegenheit eine klare und präzise Darlegung der englischen Auffassung in der Reparationsfrage zu geben. Die „Times“ betonen im übrigen, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit durch eine zu rückständigen Finanzpolitik, vor allem durch die militärische Belastung des reichsten Teiles des Deutschen Reiches gefährdet worden sei. Wenn Deutschland zahlen sollte, so müsse man ihm zunächst seine Zahlungsfähigkeit wiederherstellen. England könne nicht mehr länger warten, und man müsse daran denken, daß die Minderheiten von der Reparationsfrage keineswegs ungetrennt sei. Wenn Lord Curzon der deutschen Regierung den Rat gebe, alle Kontroversen zu vermeiden, so sei dies zweifellos sehr diplomatisch.

Im gleichen Sinne wird auch im „Daily Telegraph“ betont, daß vor allem Frankreich die größte Veranlassung habe, von der englischen Note befriedigt zu sein. Wenn Lord Curzon darauf dringe, daß Deutschland mehr als 30 Milliarden Goldmark anbieten solle, so sei dies um so bemerkenswerter, als sowohl in politischen wie auch in finanziellen Kreisen Englands dieser Betrag vielfach als die äußerste Grenze der deutschen Zahlungsfähigkeit betrachtet wurde. Reichszentraler Dr. Cuno habe wiederholt erklärt, daß er über diesen Betrag nicht hinausgehen könnte. Die Frage sei also jetzt, ob er seine Meinung geändert habe, oder ob er die ganze Angelegenheit einer anderen deutschen Regierung übergeben wolle.

Diese Anspielung auf einen möglichen deutschen Regierungswechsel findet sich merkwürdigerweise auch in anderen Presseäußerungen, die auf eine bestimmte englische Quelle zurückzuführen sein dürften. So heißt es in den liberalen „Daily News“, es sei sehr zweifelhaft, ob Cuno neue Vorschläge machen könnte, da er immer wieder in der Öffentlichkeit erklärt habe, daß er keine Verpflichtung übernehmen werde, die Deutschland nicht erfüllen könnte. Im übrigen bedauert dieses Blatt besonders, daß auch von dem deutschen Anerkennen hinsichtlich der Sicherheiten mit keinem Wort in der Note gesprochen wurde, was natürlich nur deshalb geschehen sei, weil nach Ansicht der englischen Regierung die Frage der Sicherheiten erst nach der Reparationsfrage behandelt werden könnte.

Plötzliche Rückkehr Bonar Law's.

Bonar Law hat am Dienstag vormittag den Kurort Aix les Bains verlassen und sich über Paris nach London begeben. Die frühzeitige Wiederkehr des englischen Premierministers von seiner Reise, die ursprünglich zwei Wochen dauern sollte, hat in Londoner Kreisen großes Aufsehen erregt. Allgemein wird angenommen, daß die Rückkehr auf Wunsch von Regierungsmitgliedern erfolgt ist, die die Meinung des Ministerpräsidenten über die russisch-englischen Beziehungen verbessern wollen, die heute, am Mittwoch, besprochen werden sollen.

Die Lüge von deutschen Offizieren in Russland.

Lord Birkenhead fragte in der Oberhausitzung die Regierung, welche Informationen sie über den von Flugzeugen in Deutschland habe erstens für Militär- und Flottenzwecke und zweitens für Handelszwecke, und welches die Politik der Regierung über den Luftstandart wäre, den die Sicherheit Englands erfordert. England besitze 54 Kriegerabteilungen mit 395 Flugzeugen, verglichen mit 140 Kriegerabteilungen und 1240 Flugzeugen in Frankreich. Dieses Verhältnis in der Stärke der zwei benachbarten Länder, so freundlich auch ihre Beziehungen wären, sei so alarmierend, daß keine Regierung die Fortdauer dieses Verhältnisses dulden könne. Er stelle ferner diese Frage über Deutschland, um klarzustellen, ob irgend eine so fürchterliche Bedrohung des Mittelpunktes Europas bestehe, wie ein Teil (natürlich Frankreich) behauptet. Er habe Mitteilungen gelesen, wonach in Deutschland und in Russland unter der Leitung früherer Offiziere hierher gearbeitet werde. Alle ihm zur Verfügung stehenden Informationen lauten jedoch entgegenge setzt, und seine Quelle wäre, obgleich nicht offiziell, so doch zuverlässig.

Neue Befestigungen.

Die Franzosen besetzten am Dienstag 4 Uhr früh Simburg a. d. Bahn und um 5 Uhr früh die Badische Aulitz- und Sodafabrik in Ludwigshafen.

Neue Schandtaten der Soldateska.

Bisher hatte die Gemeinde Horst den traurigen Ruhm, die größte Anzahl von Überfällen durch belgische und französische Soldaten gezählt zu haben. Nunmehr teilen sich die Befestigungsstruppen von Gladbeck und Horst in diesen Ruhm. Allein in den letzten zwei Nächten wurden fünf Bergarbeiter und ein Lehrer auf offener Straße in Gladbeck überfallen und ihrer gesamten Wertsache und Wertgegenständen beraubt. In einem weiteren Fall wurde einem Landwirt ein Schwein im Werte von 200 000 Mark aus dem Stalle gestohlen. Eine geradezu bestialische Tat wurde am 10. Mai verübt: Zwei Belgier machten sich an eine der besseren Ständen angehörende Dame heran, die sich in Begleitung ihres Bräutigams auf dem Wege zur elterlichen Wohnung befand. Während der Bräutigam unter Drohungen von dem einen Belgier festgehalten wurde, verübte der andere an der Dame ein Sittlichkeitsverbrechen, worauf sie sich abwehrte. Die Ortsbehörde hat energischen Einspruch bei der Befestigungsbehörde erhoben und strengste Bestrafung der Schuldigen gefordert. — Von einem belgischen Soldaten des in Spellen liegenden Inf.-Regts. 4 wurde am hellen Tage ein Dienstmädchen aus Horde vergewaltigt.

Internationaler Sozialistkongress.

Das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistkongresses tritt am 17. Mai in Hamburg zusammen und wird die Vorschläge für die Tagesordnung an diesem Tage festsetzen. Vorläufig steht nur fest, daß die Hauptpunkte der Tagesordnung sein werden:

1. imperialistische Friedensverträge und die Aufgaben der Arbeiterklasse,
2. Kampf der internationalen Arbeiterklasse gegen die internationale Reaktion,
3. Sozialreform und Achtundentag.

Zum ersten Punkt sind folgende Redner festgesetzt: Henderson-England, Silberding-Deutschland, Blum-Frankreich und Vandervelde-Belgien. Zum zweiten Punkt: Otto Bauer-Österreich, Wels-Deutschland, Abramowitsch-Rußland sowie jedenfalls noch ein

italienischer und ein ungarischer Redner. Zum dritten Punkt werden J. S. Thomas-England, Stanning-Dänemark und ein holländischer Genosse sprechen. Vor der Erledigung dieser Punkte hat der Kongress die Einigung der zweiten sozialistischen Internationale mit der Wiener Arbeitergemeinschaft zu vollziehen, sowie das Statut der neuen Internationale zu beschließen.

Marshall Joch in Prag.

Marshall Joch traf am Sonntag auf seiner Rückreise aus Polen in Prag ein. Das Programm für seinen Empfang wurde infolge des Verschwindens der Gemahlin des Präsidenten Massaryk geändert. Auf allen Amtsgebäuden wehten Trauerflaggen. Erst am Abend zeigten sich National- und Stadtflaggen. Die Blätter betonen, daß die anlässlich des Eintreffens des Marshalls Joch gehaltenen Neben keine politischen Momente hätten. Eine Ausnahme bildet folgender Absatz aus der Ansprache des Marshalls selbst: „Würden wir zum Schwerte greifen, dann täten wir es für die Freiheit der Nationen. Sollten wir in nächster Zeit zum Freiheitskampfe gezwungen sein, dann würden wir ihn mit derselben Kraft aufnehmen, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Dabei rechnen wir auf das tschechische Volk.“ Die „Narodni Politika“ (ein wenig bekanntes Blatt) fordert in einem besonderen Artikel (Maršal Joch) auf, sich in dem Streben nach gemeinsamen Zielen zu vereinen.

Brief aus Südtirol.

Von einem gelegentlichen südtiroler Mitarbeiter.

Die Vergeßlichkeit der Autonomie. — Die Willkür der Volkszählungspraxis. — Beschränkung des Versammlungs- und Vereinsrechtes. — Erwerb des Staatsbürgerrechtes.

Während Italien die Annexion Südtirols noch mit pompösen Phrasen über die Selbständigkeit und die Wahrung der Rechte und Einrichtungen der übernommenen Minderheiten begleitet, hat seit einem halben Jahre die neue faschistische Richtung alle Träume von halbwegs gerechter Behandlung der deutschen Minderheiten unter Italien ein rasches Ende bereitet. Das eben ist der wesentliche Unterschied zwischen den südtiroler Deutschen und den Deutschen in anderen fremdsprachigen Ländern: während in der Behandlung der Minderheiten fast überall eine aufsteigende Kurve zu beobachten ist, sank diese Kurve in Südtirol rapide wie ein Barometer vor Sturm und Gewitter.

Wie die faschistische Regierung zur Macht gelangte, weiß man ja in der Welt. Es war die Partei der Gewalt, die weder vor Mord noch Brandlegung zurückbeugte, um zum Ziele zu gelangen. Diese italienische Methode wurde in Südtirol allerdings nicht angewandt. Es ging, abgesehen vom „Blutsonntag“ am 24. April 1921, unblutig ab. Anfang Oktober stürmten die Faschisten unseren schönen Schulpalast in Bozen, den sie heute noch als italienische Schule verwenden. Sie stürmten das Rathaus, das von Militär besetzt war. Der Kampf verlief völlig unblutig, weil das Militär vorzüglicherweise nicht geladen hatte. Der Magistrat von Bozen mußte abhandeln, und noch heute haben wir das Exzerpt eines Regierungskommissars, der natürlich kein deutsches Wort versteht. Und das in der südtiroler deutschen Stadt, wo heute die italienische Bevölkerung kaum ein Sechstel der Deutschen ausmacht.

Angeht die faschistische Diktatur muß gesagt sein, daß sich die autonomen Landes- und Gemeindevorrichtungen Österreichs äußerst vorteilhaft von den italienischen Einrichtungen unterscheiden. Ein feierliches Königsthor, ja sogar das Anwesenheitsgesetz hat den Südtirolern die Aufrechterhaltung der Autonomie zugesagt. Die erste Tat der faschistischen Regierung jedoch war ihre Ausmerzung und die Angliederung der neuen Provinzen an die italienischen Einrichtungen. Unsere hochentwickelte Gemeindeverwaltung ist heute in ein Nichts berufen, und die Gemeinden sind in die völlige Abhängigkeit von der Staatsverwaltung gebracht.

Zu diesem Zwecke wurde die Volkszählung mit einer unglaublichen Willkür behandelt. Vor zwei Jahren bereits hatte Italien die Volkszählung durchgeführt, und bis heute noch sind ihre Ziffern amtlich nicht veröffentlicht. Die ersten amtlichen Zählungen nämlich ergaben für die Deutschen ein glänzendes Resultat, das günstiger war wie das der letzten Zählung unter Österreich. Die Zählung wurde stets durch zwei Kommissare vorgenommen, von denen einer ein Deutscher, der andere ein Italiener war, um so Italien eine Kontrolle zu sichern. Trotzdem war das Ergebnis für Italien niederschmetternd. Die Faschisten verlangten eine neue Zählung, aber auch diese ergab ein für Italien vernichtendes Resultat. Nun griff man zu einem anderen Mittel. Man machte die Erhebungen nicht mehr an Ort und Stelle, respektierte nicht mehr jenes Gesetz, das im Artikel 80 die Befragung des Familienvaters über seine Nationalität vorschrieb. Man trug vielmehr am grünen Tisch alle jene Familien als Italiener ein, deren Namen italienischen Einschlag aufwiesen oder bei denen der Mädchennamen der Frau und Großmutter diesen Einschlag hatte, gleichviel, ob diese Familien der italienischen Sprache mächtig waren oder nicht. Auf diese Weise konnten in den Gemeinden Salurn, Leifers (und nach dreimaliger Revision auch in Neumarkt) völlig unberechtigte italienische Mehrheiten errechnet werden.

Hatte man einerseits eine Handhabe darin, für die Ausrottung der deutschen Schule, so konnte man andererseits auch nicht davor zurück, das sonst in Italien ziemlich liberal behandelte Vereins- und Versammlungsrecht gegenüber den deutschen Minderheiten aufs äußerste zu beschränken. Nicht nur, daß schon wiederholt Versammlungen unterlag, wurden, die eine politische Aussprache zum Zweck hatten, das Versammlungsrecht wird auch auf andere Weise erschwert. So mußte in Italien jeder Gastwirt jedes Jahr eine eigene Lizenz für sein Gewerbe nachsuchen. Es ist nun allemal möglich erwiesen, daß einer Gastwirtin in Mühlbach nur deshalb die Lizenz nicht erteilt wurde, weil im Vorjahre ein Abgeordneter im dortigen Gasthaus eine Versammlung abhielt. Eine Besprechung der Gemeindevertreter des Bezirks Bozen (ungefähr 40 Gemeinden) wurde untersagt, weil es sich um eine „öffentliche“ Versammlung handelte, die angemeldet werden müsse.

Unseren Vereinen geht es nicht viel besser: Die bereits bestehenden werden zwar respektiert, aber bei Neugründungen waltet strengstes Kriterium. So wurde ein katholischer Burschenkriegerverband untersagt, ebenso die Gründung des vollkommen unpolitischen „Schülerbundes“, der der Verbreitung der deutschen Literatur dienen sollte, verboten. In der Entscheidung wurde dieser Zweck entweder als „staatsgefährlich“ oder „überflüssig“ bezeichnet. Wie unsere kulturellen Bedürfnisse gefördert werden, erhellt auch aus der Tatsache, daß vor ganz kurzer Zeit ein Vortrag über den Tiroler Dialekt Dichter Lutterotti, sowie über den Kartographen Peter Umich ohne Angabe von Gründen untersagt wurde.

In Bezug auf die Erwerbung der Staatsangehörigkeit wurde Italien im Friedensvertrag ein weiter Spielraum gelassen. Es wurde nur verpflichtet, alle diejenigen aufzunehmen, die im neuen Gebiete geboren und aufgewachsen waren. Hinsichtlich der übrigen versprach man jedoch äußerste Toleranz. In Wirklichkeit aber werden heute die Optanten und Staatsbürgerrechtserwerber, auch wenn sie ihre ganze Lebensarbeit in Südtirol verrichtet haben, fast ausnahmslos ausgewiesen. Hunderte von Staats- und Eisenbahnbediensteten mußten mit Frau und Kindern die Fahrt über den Brenner antreten. Die wenigsten von ihnen haben eine reguläre Wohnung gefunden. Sie wohnen in Eisenbahnwagen. Staatsbeamte aber, die als ipso jure Staatsbürger nicht entfernt werden können, hat man mit einer ganz unzureichenden Pension, die für langjährige Beamte monatlich

200 bis 300 Lire beträgt, auf die Straße gestoßen und zwingt sie, sich ihr Brot an ihrem Lebensabend auf eine andere Weise zu verdienen.

Zum Schluß sei ein Satz aus dem Berichte, den Senator Hilgenreimer-Prag, der im Herbst 1922 in Südtirol weilte und nun wieder hierher zurückgekommen ist, im „Tiroler“, dem führenden Südtiroler Blatte veröffentlicht, in dem er betont, daß der Vergleich zwischen der Behandlung der deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei und Italien „offenbar nicht zugunsten des italienischen Staates ausfällt“.

Sowjetrußland.

Der Kampf um den Arbeitslohn.

Angeht die wachsenden Forderungen haben die Bestrebungen der leitenden kommunistischen Wirtschaftler, das Defizit der Staatsindustrie u. a. durch Ersparnisse an Löhnen abzubauen, Erregung in den Gewerkschaften und den breiten Kreisen der russischen Arbeiterchaft hervorgerufen. Diese Tatsache kam auf den Moskauer Kongreß der Russischen kommunistischen Partei wiederholt zum Ausdruck. Der Vorkommnistarin warf dem Zentralkomitee der Partei vor, daß es aus politischen Rücksichten die Arbeiterlöhne herabdrücke, um die Bauernschaft zu schonen, welche letzten Endes das Defizit der Staatswirtschaft zu tragen hat. In seiner Erwiderung erklärte Sinowjew, in dieser schwierigen Frage habe man eine mittlere Linie wählen müssen. Er verwahrte sich dagegen, daß die Lohnfrage in die Debatte gezogen werde. „Dies ist, fuhr er fort, die delikateste und heikelste Frage, die nicht geeignet ist, daß damit gespielt wird. Man darf hierüber keine Polemik entfesseln. Die Partei weiß genau, daß die Arbeiter es schwer haben und die Löhne gehoben werden müßten, daß aber zugleich Vorkerrott und politischer Untergang eintreten würde, falls wir vergenden, was wir an Wirtschaftswerten noch behalten haben.“ Die Gewerkschaften ließen erklären, sie hätten in die Einstellung der weiteren Lohnsteigerung in den Industriebranchen eingewilligt, in welchen ein mittleres Lohnniveau erreicht sei, und würden sich auf die Erhöhung der Löhne in den noch rückständigen Branchen und im Transportwesen beschränken. Die durchschnittliche Höhe der Reallohn wurde auf 47 bis 50 Prozent der Vorkriegslöhne festgestellt. — Im April hat das obligatorische Lohnminimum 100 Rbl. Mäster 1923 monatlich in Moskau und Petersburg sowie 60 bis 75 Rbl. in der Provinz betragen. Die Höchstgrenze für Löhne für Arbeiter und Angestellte in Staatsbetrieben war auf 3200 bis 3800 Rbl. festgesetzt. Der Betrag von 100 Rbl. Mäster 1923 war Anfang April d. Js. = 1,6 Dollar und bildet in Moskau den Gegenwert von etwa 84 Pfund Roggenbrot, während der Wert einer Monats-Lebensmittelration auf 235 Rbl. veranschlagt wurde.

Deutsches Reich.

**** Verklärung der D. F. P. im Reichstag.** Nachfolger im bayerischen Reichstagsmandat des verstorbenen Staatsrates und Präsidenten des Reichswirtschaftsamtes Edlen von Braun ist der Berliner Geheimrat von Kahl von der Deutschen Volkspartei, die mit den Deutschnationalen in Berlin eine gemeinsame Wahlliste hatte. Kahl ist nun bereits Mitglied des Reichstages. An seine Stelle tritt daher Fabrikdirektor Tafel, früher in Nürnberg, der von der Deutschnationalen Partei zum Völkischen Reichsbund (Deutsche Freiheitspartei) übergetreten ist.

**** Verordnung gegen die kommunistischen „Hundertchaften“.** Das Polizeipräsidium Berlin teilt mit: Bei den Rundgebungen am 1. Mai ist bemerkt worden, daß die kommunistische Partei aus ihren Anhängern sogenannte Hundertchaften zusammenstellt. Diese Hundertchaften waren mit roten Armbinden ausgerüstet und zogen unter militärischem Kommando durch die Stadt. Da die Zusammenstellung und das Auftreten derartiger Hundertchaften eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bedeutet, wird von jetzt an gegen sie mit polizeilichen Mitteln eingeschritten werden.

**** Studienreise ausländischer Bürgermeister durch deutsche Städte.** Soeben sind ungefähr 70 Bürgermeister und andere Vertreter ausländischer Gemeinden in Berlin eingetroffen, um die durch den Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V. vorbereitete Studienreise durch deutsche Städte anzutreten. Beteiligt sind Bürgermeister aus Holland, Estland, Finnland, Norwegen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Besucht werden Berlin, Lübeck, Kiel, Altona, Leipzig, Dresden und voraussichtlich Grünberg in Schlesien.

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Soemmerhal.

Verantwortlich: für Polen und Ostpreußen: Dr. Martin Meißner; für den übrigen polnischen Teil: Dr. Martin Meißner; für Danzig und Westpreußen: Dr. Martin Meißner; für Ost- und Provinzialverwaltung: Rudolf Herzog; mehr: für den übrigen unpolnischen Teil: Dr. Wilhelm Soemmerhal; für den Anzeigenenteil: Dr. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Polen.

Wer das Posener Tageblatt liest,

braucht keine auswärtige Zeitung.

Das Posener Tageblatt

unterrichtet schnell und zuverlässig über alle politischen und wirtschaftlichen Vorgänge in der Republik Polen und besonders im ehemals preußischen Teilgebiet, über alle Angelegenheiten des Deutschtums in Polen über alle wissenschaftlichen Vorgänge im Auslande, über die wichtigsten Ereignisse auf dem Gebiete der Kunst der Wissenschaft und der Literatur.

Der Handelsteil des Posener Tagebl.

bringt sämtliche für den im Posener Gebiet lebenden Leser wichtigen Kurie und ermöglicht schnelle Orientierung über alle wichtigen Börsen- und Preisfragen.

Für Unterhaltung und Belehrung

für den Beilagen des Posener Tageblattes: die Unterhaltungszeitung, die Frauenzeitung und die Wirtschaftszeitung.

Der Anzeigenenteil des Posener Tagebl.,

der ständig wächst und von allen Schichten der Bevölkerung aufmerksam beachtet wird, gibt die beste Gelegenheit für Angebot und Nachfrage im Posener Gebiete und darüber hinaus.

Das Posener Tageblatt ist für Bewohner der Wojewodschaft Polen unentbehrlich und durch ein anderes Blatt nicht zu ersetzen!

Im Interesse unserer Abnehmer haben wir ein Quantum unserer in Konstruktion und Ausführung erstklassigen

Getreidemäher und Grasmäher

(letzere Kopie von Deering)
Marke „EYTH“

sowie **Ersatzteile** dazu

Herrn A. Nasielski, Poznań

ul. 27. Grudnia Nr. 5 — Telephon 20-14

auf Lager gegeben. Jeder Käufer kann einzelne Maschinen sofort ab Lager Poznań zu Fabrikpreisen erhalten.

Eyth-Maschinenfabrik Aktiengesellschaft,

Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 135
(Nachfolgerin der Firma Bracia Lesser-Poznań).

Wegen Ablauf meiner Pacht suche ich
Gut bis 3000 Mrg.

mit oder ohne eisernes Inventar zu pachten.
Zuführten erbitte ich unt. K. K. 7123 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche im Auftrage für Bekannten (Bole) möglichst
Brennereigut bis 4000 Morgen
bei voller Auszahlung. Agenten verbeten.
Offerten unter L. R. 7037 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Es wird ein
Landgut zu kaufen gesucht.

Bermittlung ausgeschlossen. 500 000 000 M. zur Verfügung. — Adressen unt. L. 7099 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Suche aus deutscher Hand mittlere
Wasser- oder Dampfmühle

in guter Lage zu pachten. Pacht wird in Roggen gezahlt. Kaution in genügender Höhe vorhanden. — Lage: Wojewodschaft Poznań oder Pomorze. Angebote unt. 3216 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Kriegsbeschädigter Landwirt
sucht durchaus ruhiges, untugendenfreies, gut eingerichtenes, auch älteres

Reitpferd.

Gest. Offerten unt. T. 7118 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Pfingsten steht vor der Tür!

Der Maie-Schmuck ist durch den Rauber der Natur hervorgerufen. Es sind die Feiertage dazu angetan mit so manchen Neuheiten das Publikum zu beglücken! Jeder einsichtige Geschäftsinhaber wird die Pfingstzeit benutzen, um rechtzeitig den Kauf seiner Waren anzuregen. Das geschieht am vorteilhaftesten durch sofortige Ausgabe von Anzeigen im

„Posener Tageblatt“.

Beste Nummer vor Pfingsten:
Sonntag, den 19. Mai, nächste Nummer erst Dienstag, den 22. Mai.

Freiwillige Versteigerung
landwirtschaftlicher Geräte
in Gwarzewo am 22. Mai d. J., vorm. 9 Uhr:

Mähmaschine, Göpel, Dreischärfpflug, 3 Schwunghänge, 2 Satz Eggen, Viehwage, Kultivator, drei Ackerwagen, 1 Breitschleife, 1 Schlitten, 1 Strohschneider, 1 Jauchetonne, 1 Pferderechen, 1 Staudmaschine, 1 Reifenbiegemaschine, Möbel

Karl Gramenz, Schmiedemeister, Gwarzewo h. Swarzędz.

Durch Verkauf frei:
1 Lanzsche Breitdreschmaschine

für Kraft-, evtl. Göpelantrieb, 6 PS. Baujahr 1913, Präzisionskugellager, 1,70 m. breite, offen. Schlagleisten-trommel, Hordenschüttler, doppelte Reinigung. Entgranner, Gewicht 2000 kg., Leistung 10-12 Ztr. Weizen pro Stunde. Die Maschine ist fast gar nicht gebraucht. Betriebsfähig.
2 Drahtseile je 1000 m. lang Friedensware, 15 mm. stark, fast neu (Kies-aufzug) mit je einer eisernen Trommel dazu u. diverse eiserne Seilrollen u. Lager.
Ca. 180 laufende m. (60 cm. Spur) Gleis mit eisernen Schwellen
2 kompl. Lowries nebst diversen anderen Teilen und 1 Drehscheibe.
Preisangebote, evtl. Ansicht bei

F. Marks, Jasin bei Swarzędz.

Ankäufer u. Verkäufer

Suche erstklassige
Wirtschaft
von 80-130 Mrg., nur guter Boden u. Gebäude kommen in Frage, evtl. Einzeleinfahrt. Vermittler verbeten. Off. u. B. 7117 an d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Deutschland.
Geschäftsgrundst.

mit 3 Bädern im Zentrum einer Stadt Niederösterreichs 30 000 Einwohner ist zu verkaufen. Beste Auszahlung erwünscht. Gest. Anz. u. C. A. 7081 an d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Teatr Salacow
Plac Wolności 6.
Heute und die folgenden Tage:
Amor i S-ka
Vortreffliche Farce in 6 Akten unter Mitwirkung der berühmtesten Kräfte der Lichtspielbühne wie: Liana Haid, Reinhold Schünzel und anderer.
Beginn der Vorstellungen um 4 1/2, 6 1/2 u. 8 1/2 Uhr.

Zu kaufen gesucht:
**Methode Douffaint-
Langenscheidt
Polnisch.**

38 Unterrichtsbücher. Angeb. mit Preisangabe an
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. Versandbuchhandlg.
Poznań.

Zu verkaufen ein gut erhaltener Heller (7103)

**Damen-
Strohhut**
ul. Maleskiego 25, II. r.
(r. Bringenstr.), nachmittags bis 5 Uhr.

Sąd Powiatowy
R. H. A. 29091.

Auf Anordnung des Gerichtes wird mitgeteilt, daß in unser Handelsregister Abt. A heute unter Nr. 2909 folgendes eingetragen wurde:

Spalte 2: Posener Neueste Nachrichten, Ernst Vespermann, Poznań.
Spalte 3: Kaufmann Ernst Vespermann in Poznań.
(-) Klibba,
starszy sekretarz sądowy.

Na rozporządzenie Sądu donosi się, że w naszym rejestrze handlowym dział A, zapisano dzisiaj pod nr. 2909, co następuje:

Lam 2: Posener Neueste Nachrichten, Ernst Vespermann, Poznań.
Lam 3: Kupiec Ernst Vespermann w Poznaniu.
(-) Klibba,
starszy sekretarz sądowy. (7129)

Mleczarnia Poznańska (Posen. Molkerei),
Sp. z z ogr. o.

Sonntag, den 26. Mai 1923, vormittags 10 Uhr:

Ordentliche Generalversammlung im Geschäftszimmer, ul. Ogrodowa 14.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Revisionsberichts.
2. Genehmigung der Bilanz, Entlastungserklärung an den Vorstand.
3. Beschlußfassung über den Abschlagspreis.
4. Anträge.

Poznań, den 16. Mai 1923. (7129)

Der Vorstand.
von Tempelhoff-Dabrowska. Hoffmeyer-Hofnagl.
Wiesner-Wierzona.

Berson
ist und bleibt stets
die Qualitätsmarke



Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher das Anbringen von

Berson Gummi-Absätzen und Gummi-Sohlen

Berson schon die Schuhe, in billiger und dauerhafter als Leder

Berson-Kauczuk

Krakauer Zentrale,

Straszewskiego 2.

Vertretung: Łódź, Dzielna 16.

Lampenschirme

jeder Art werden sauber und billig angefertigt

A. Lewinsohn b. Ulrich, 1 Treppe rechts.

Spielplan des Großen Theaters.
Mittwoch, den 16. 5., abends 7 1/2 Uhr: „Hänsel und Gretel“, Märchenoper von Humperdinck.
Donnerstag, den 17. 5., abends 7 1/2 Uhr: „Salto“, Oper in 4 Akten von St. Montus.
Freitag, den 18. 5., abends 7 1/2 Uhr: „Die Fledermaus“, Komische Oper von Strauß.
Sonntag, den 19. 5., abends 7 1/2 Uhr: „Maria“, Oper von Wieniawski.

Kino Colosseum
św. Marcia 65

Heute und die folgenden Tage

Des Satans Peitsche

Außergewöhnliches Drama in 7 Akten.
In der Hauptrolle der Darsteller des Yoghi im „Indischen Grabmal“, B. Gütke, Ewi Ewa und Dymitr Buchowiecki. (638)

Eckert Ernte-

Lanz Zentrifugen

sind

jahrzehntelang

erprobte Fabrikate!

Sie bleiben unüber-

troffen, beliebt und

bevorzugt in allen

Teilen der Welt.

Wir bieten antiquarisch

in gutem Zustande zum Kauf

an:

Zahn, Biblische Geschichte. Geb.

Dr. Fischer-Scholz, Biblische

Geschichtsbuch. Geb.

Zahn's biblische Historien. Geb.

Christen, kleines Lehrbuch

der Geschichte. I. Band. Geb.

Hartmann - Reumann

Schmidts, Religiösbücher für

höhere Mädchenschulen. 5 Bde.

Geb.

Müller-Schmidt, Rechenbuch

für höhere Mädchenschulen.

II. Band. Geb.

Baron, Jungmanns - Schindler,

Deutsche Sprachschule. Fest b.

Boerner, Lehrbuch der Franzö-

sischen Sprache. Ausgabe

B. II. Teil für Mädchen-

schulen. Geb.

Dasselbe für höhere Mädchenschulen. III. Teil. Geb.

Daniel's Leitfaden für den

Unterricht in der Geographie.

I. Teil Mittelstufe.

Fibel nach der Normalmethode

Methode.

Girt's Realienbuch Nr. 30.

Naturgeschichte für Mädchen-

schulen.

Posener Buchdruckerei u.

Verlagsanstalt T. A.

Verbandstag deutscher Genossenschaften in Polen, Zap. stow.

□ Posen, 16. Mai.

Im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses tagte am Dienstag von vormittags 11½ Uhr bis gegen 3 Uhr nachmittags der von rd. 300 Personen besuchte Verbandstag deutscher Genossenschaften in Polen, Zap. stow., unter dem Vorsitz des Verbandsdirektors Dr. Wegener. Dieser gedachte in seiner Eröffnungsansprache zunächst des dieser Tage verstorbenen Mitglieds, Superintendenten Hof, dessen Andenken die Versammlung in der üblichen Weise ehrte. Darauf begrüßte er die erschienenen Ehrengäste, als ersten den Senior aller Verbandsdirektoren, Oekonomierat Günter, dann den Verbandsdirektor aus Lemberg, die Vertreter des Hauptbauernvereins, des Bauernbundes, den Direktor Baumann als Vertreter der Landwirtschaftlichen Schulen, den Vorsitzenden des Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes von Saenger, die Vertreter der Genossenschaften aus Rumänien, Schlefien und Böhmen.

Nachdem der stellvertretende Verbandsdirektor Dr. Smart den Vorsitz übernommen hatte, erläuterte Dr. Wegener seinen Geschäftsbericht.

In dem er etwa folgendes ausführte:

Im September 1922 sind die am 26. 11. 1921 beschlossenen Satzungsänderungen bei Gericht eingetragen worden. Am 6. Dezember 1922 wurde dem Verbandsrat vom Genossenschaftsrat zu Warschau das Revisionsrecht auf unbegrenzte Zeit verliehen. Dadurch und infolge des neuen Genossenschaftsgesetzes sind die Pflichten und Rechte des Verbandes gegenüber seinen Mitgliedern größer geworden. Zum Beispiel kann, bzw. muß der Verband nach § 111 des neuen Gesetzes das Gericht ersuchen, die Genossenschaft in Strafe zu nehmen, wenn sie bestimmten Pflichten nicht nachkommt. Der Genossenschaftsrat brachte in seinen Sitzungen die verschiedensten Fragen zur Erledigung. Am 17. März 1923 wurde der Verbandssekretär Hallauer durch Verfügung des Finanzministers wieder zum Mitgliede des Genossenschaftsrates ernannt. Am 1. Januar 1922 gehörten dem Verbandsrat 348 Genossenschaften an, 38 traten im Laufe des Jahres neu bei, 24 lösten sich auf, so daß am Schlusse des Jahres 362 Genossenschaften mit 910 Einzelmitgliedern dem Verbandsrat angehörten. Zu ihrer Vertretung hatte der Verband 15 bis 18 Beamte. Revidiert wurden 192 Genossenschaften am Ort der Genossenschaft, von 101 Genossenschaften wurden die Bücher in Posen geprüft und die Bilanzen aufgestellt. Um die Buchführung und ihre Beaufsichtigung in den Genossenschaften zu verbessern, wurden vier Sachverständige abgeordnet, die von 106 Teilnehmern besucht waren. Eine große Arbeit leistete der Verband mit der Anpassung der Satzungen an das neue Genossenschaftsgesetz. Hierzu wurden für sämtliche Arten von Genossenschaften neue Musterstatuten herausgegeben. Die Überzeugungsstelle des Verbandes leistete den Genossenschaften im Schriftverkehr mit den Behörden wertvolle Dienste. Zur Förderung wirtschaftlicher und genossenschaftlicher Fragen sowie zum Austausch praktischer Erfahrungen wurden 15 Unterverbandstage abgehalten. Von 208 Genossenschaften besichtigt waren. Nur zu verständlich ist es, daß auf ihnen, wie überall, die Valutafrage die entscheidende Rolle spielte. Gänzlich von der Wertbeständigkeit der Mark oder des Bloth zum guten Teil die Zukunft des Genossenschaftswesens ab. Kein anderes Ereignis greift wohl so gründlich in das Wirtschaftsgefüge ein, wie die fallende Mark und ihre damit verbundene immer mehr und mehr schwindende Kaufkraft. Man sucht die Geldbestände so schnell wie möglich in Waren umzuwandeln. Genuß und unbedacht wird hieraus nur zu leicht eine große Neigung, leichtsinnig Geld auszugeben, erwachsen. Da mit wird allmählich eine der wichtigsten Tugenden der Menschen vernichtet, der Sparsinn, der doch die Triebfeder der Lust zur Arbeit, der Freude an der Ordnung, die Grundlage eines Wieder- aufbaues von Volkswirtschaft und Staat ist. Daher ist es Pflicht des Verbandes und der Genossenschaften, diesen Sparsinn wieder zu wecken. Aber die Frage des Wie und Wo mit ist nicht leicht zu beantworten. Ihre Lösung hängt noch damit zusammen, irgend einer Ware als Wertmesser Geltung zu verschaffen. Die Posen- sche Landesgenossenschaftsbank will den Versuch der Einführung der Landesgenossenschaftsbank mit den Ver- suchungen machen. Roggen ist deshalb gewählt worden, weil er im polnischen Reich die verbreitetste Ware ist und seine Preisschwankungen nicht so groß sind wie die der polnischen Mark zum Dollar. Dieser Versuch mit dem Roggen ist ein Erfolg der künftigen Mark. Ein Erfolg aber ist natürlich etwas Unvollkommenes, nicht ganz Befriedigendes. Er wird so lange Mittel zum Zweck sein, bis er durch etwas Besseres abgelöst wird. Dieses Bessere wäre zum Beispiel die stabilisierte Mark. Deshalb kann der Versuch nur selten, so lange die Valuta fällt oder schwankt, bei dem schwindenden Sparsinn nur eine gute Zinspolitik ge- trieben werden. Früher galt diejenige Genossenschaft als die beste, die einen stets festen Zinsfuß hatte. Heute ist das umgekehrt.

Über die Tätigkeit der dem Verbandsrat angeschlossenen Genossenschaften wurde folgendes berichtet: Die Posen- sche Landesgenossenschaftsbank schloß das Geschäfts- jahr 1922 mit einem Reingewinn von 52 Millionen ab, von denen 48 Millionen den Reserven zugeführt wurden. Der fällende Va- luta Rechnung tragend, wurden in der Mitgliederversammlung am Montag die Geschäftsanteile auf 30 000 Mtl. erhöht.

Bei der Bilanz der Landwirtschaftlichen Haupt- gesellschaft am 30. 6. 1922 kam der Zusammenschluß mit der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft nur für ein halbes Jahr zum Ausdruck. Vom Gewinn wurde die höchstzulässige Divi- dende gezahlt. 40 Millionen wurden den Reserven zugeführt, so daß diese jetzt rund 102 Millionen betragen. In eigenen Betriebs- mitteln hatte die Landwirtschaftliche Hauptgesellschaft 200 Millio- nen, an gesamten Betriebsmitteln 1 Milliarde 20 Millionen. Über- legt man, daß eine Milliarde = 100 000 Goldmark sind, und daß früher in dem Betriebe der Landwirtschaftlichen Hauptgesellschaft 5 bis 6 Millionen Goldmark flossen, so muß man zu der Einsicht kommen, daß die Betriebsmittel klein sind. Es ist daher nicht möglich, große Warenmengen auf Vorrat zu kaufen. Die Spar- und Darlehnskassenvereine haben der Entwertung der Mark dadurch Rechnung getragen, daß sie ihre Geschäftsanteile er- höht haben, einige sogar auf 100 000 Mtl. Soll aus dieser Er- höhung den Vereinen Nutzen erwachsen, so müssen die erhöhten Anteile natürlich auch voll eingezahlt werden. Wesentlich für die Vereine ist in dem neuen Genossenschaftsgesetz die Bestimmung, daß auch bei Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht meh- rere Anteile erworben werden können. Diese Bestimmung ist in unsere neuen Musterstatuten aufgenommen. Die Gesamtsumme der Geschäftsanteile betrug 1920: 4 Millionen, 1921 dagegen: 42 Millionen. Das Verhältnis der eigenen zu den fremden Mitteln war 3 zu 100. Von 235 Kassen haben 123 das Warengeschäft auf- genommen, um aus dem Gewinn besser die Unkosten decken zu können, für die ja Zinsgewinne und Provision nicht ausreichen. Es kann den schwachen Vereinen zu ihrer Wiederbelebung nur dringend empfohlen werden, den Handel aufzunehmen. Die Genossenschaft muß der Krämer des Dorfes sein. Die damit verbundene Mehrarbeit des Sachmeisters muß durch eine ge- nügende Bezahlung ausgeglichen werden. Mit Freunden muß begüßigt werden, daß sich ein großer Teil der Vorschubvereine dem Ver- bande angeschlossen hat. Für sie werden nach Abschlüssen befor- derte Unterverbandstage abgehalten. Die Ein- und Verkauf- vereine haben durchweg gut gearbeitet, da sie die Konjunktur- verhältnisse kannten. Immer mehr und mehr bildet sich eine Zu- sammenarbeit zwischen ihnen und der Landwirtschaftlichen Haupt- gesellschaft heraus. Man kann den Erfahrungssatz aufstellen: je tüchtiger ein Geschäftsführer ist, um so mehr wird er mit der Land-

wirtschaftlichen Hauptgesellschaft arbeiten, da er sonst zu leicht in die Abhängigkeit anderer Händler gelangt. Bei den Molkereien haben von 38: 35 gearbeitet, 3 waren außer Betrieb. Während in der Zeit der Zwangswirtschaft viele Genossen selbst butterten, kehren sie jetzt allmählich wieder zur Molkerei zurück, da sie einsehen, daß sie dabei Unkosten ersparen. Die Brenne- rien hatten in dem Betriebsjahr 1921/22, über das ja nur berichtet werden kann, einen schweren Stand, da die Kartoffelernte schlecht war und Futtermittelnot herrschte. Deshalb kauften sie Mais und brannten ihn. Anfangs waren den Brennereien hohe Spirituspreise in Aussicht gestellt worden, doch wurden diese alle paar Monate herabgesetzt, so daß die meisten Betriebe mit Verlust arbeiteten, der erst durch die Spiritusnachzahlungen gedeckt wurde. Die Kartoffeltrödnereien dagegen arbeiteten im letzten Betriebsjahr fast durchweg mit Gewinn, doch kamen sie der stets steigenden Kohlenpreise wegen im vergangenen Winter nicht auf ihre Rechnung. Von den neun Viehverwertungsge- nossenschaften waren erst wieder zwei im Betriebe. Von den übrigen 20 Genossenschaften ist nichts Besonderes zu berichten. Die dem Verbandsrat befreundete Labura (Landwirtschaftliche Buch- und Verlagsstelle) nahm eine zufriedenstellende Entwicklung. Beachtenswert ist, daß die Verlagsstelle gerade von den tüchtigsten Landwirten in Anspruch genommen wird. In landwirtschaftli- chen Kalendern wurden 10 000 gedruckt. Sie sind voll- kommen vergriffen.

Überblicken wir die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem und in anderen Ländern, so sehen wir überall dasselbe Streben: den wirtschaftlichen Zusammenschluß in Verbänden. Man will Unkosten sparen, die man sonst erst durch Erfahrungen vermeiden. Man will deshalb nicht dieselben Dummheiten machen, die andere schon hinter sich haben. Und man spart weiter Unkosten, wenn sich Erzeuger und Verbraucher so schnell wie möglich ohne Zwischen- händler finden. Das wollen wir auch in unserem Verbandsrat er- reichen und damit die schwere der wirtschaftlichen Not mildern.

Dr. Wegener schloß mit den Worten: „Einer trage des anderen Last.“

An den stündigen Vortrag schloß sich lebhafter Beifall. Darauf fand eine Besprechung des Vortrages statt, in der aus dem Kreise der Genossenschaftler verschiedene das Waren- geschäft betreffende Fragen angeregt und vom Vorstände beant- wortet wurden. Gestreift wurde auch wieder die Frage des Zu- sammenschlusses der beiden Genossenschaften (Raiffeisen und Offenbach), da man sich in der Gegenwart den Luxus zweier Genossenschaften nicht mehr leisten dürfte. Beant- wortet wurde die Anfrage von berufener Stelle in dem Sinne, daß die Lösung der Frage vom Hauptverein der deutschen Bauern- vereine zwar in die Wege geleitet sei, daß aber noch gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden seien, bis die Frage endgültig gelöst werden könne.

Nach einem Schlusswort des Verbandsdirektors Dr. Wege- ner wurde auf Antrag des Superintendenten Hode die Jahres- rechnung genehmigt und dem Verbandsdirektor die Entlastung erteilt.

Daran schlossen sich

Vorträge.

und zwar zunächst ein solcher des Dr. Eberhardt-Bromberg über „Wertbeständige Geldanlage“. In seinen durch die Materie bedingten schweren Gedankengängen streifte er einmal die Ursache und die Folgen der gegenwärtigen Valutaentwertung und beleuchtete andererseits die verschiedenen Verluste der valuta- schwachen Länder, zu denen auch Polen gehört, um aus diesen Schwierigkeiten der Geldentwertung und der Nullen herauszu- kommen. Als das geeignetste Mittel für die Republik Polen und als das beste wertbeständige Geldanlage bezeichnete er die vor etwa Jahresfrist angeregte und im Posener Kreisbauernverein vom Ver- bandsdirektor Dr. Wegener ausführlich besprochene Roggen- währung. Diese gelte bereits an zahlreichen Stellen bei Land- verpachtungen, sie werde zugrunde gelegt von Ärzten, Tierärzten bei ihren Honorarberechnungen, ferner bei der Festsetzung des Schulgelbes, der Pensionspreise, bei der Entlohnung von Ange- stellten und Arbeitern der Landwirtschaft. So habe der Gedanke der Roggenwährung in immer weiteren Kreisen Anklang gefunden, und wenn sie auch vor einer gewissen Spekulation nicht geschützt sei, so könne sie doch in unserem Lande als der geeignetste Wert- beständigkeitsfaktor angesehen und empfohlen werden. Der Vor- tragende redete daher der Einführung von Roggenpfandbriefen in längeren begründenden Ausführungen das Wort. In Polen be- stehen zwar sogenannte Roggenbanken noch nicht, doch sei deren Einführung nur noch eine Frage der Zeit. Aus dem oben kurz skizzierten Bericht des Verbandsdirektors gehe hervor, daß die Posen- sche Landesgenossenschaftsbank den Versuch mit Roggen als Wertmesser machen will. Keineswegs könne bei den bisherigen Preisschwankungen der Bloth als Wertbeständigkeitsmesser an- gesehen werden, als solcher gelte nur der Roggen, doch dürften die Bemühungen der Stabilisierung der Roggenwährung als Wert- messer nicht durchkreuzt werden.

Im zweiten Vortrag behandelte Syndikus Assessor Pösch die Frage der „Wertgemäßen Feuerversicherung der landwirtschaftlichen Betriebe“. Die Frage der Feuer- versicherung sei besonders für den kleinen Landwirt überhaupt keine Frage, sondern eine notwendige Pflicht, um seine Kredit- fähigkeit zu erhalten. Denn die Aufnahme von Hypotheken und Krediten sei für ihn völlig ausichtslos, wenn sein Grundstück, in dem heute fast ausnahmslos sein ganzes Vermögen besteht, nieder- brennt, ohne daß es versichert ist. Diese Gefahr liege aber für ihn um so näher, als sein Vermögen meist eng beieinander liegt. Selbst bei einer vorliegenden Versicherung sei er nicht in der Lage, sein Grundstück wieder so aufzubauen, wie es vorher gewesen ist. Vor allen Dingen müsse der Landwirt für eine vollwertige Ver- sicherung Sorge tragen und von der bisherigen Praxis der Selbst- einschätzung für die Höhe der Versicherungssumme abgehen. Diesem Bedürfnis komme die Posener Provinzial-Feuerver- sicherung durch die neuerliche Einführung der Versicherungen nach gleichenden Versicherungssummen näher, deren Höhe durch be- sondere Ausschüsse alle zwei Monate neu festgesetzt wird. Selbst- redend ändern sich darnach auch die Prämienhöhe. Ein Fehler sei es, daß die Versicherungssumme nach dem Tage des Brandes fest- gesetzt, aber erst meist erheblich später in dieser Höhe ausgezahlt, somit aber nicht der inzwischen eingetretenen Valutaentwertung Rechnung getragen werde. Anders sei das bei der Vistula in Dirschau, die den Brandschaden nach dem Geldwerte am Tage der Auszahlung regelt und zunächst verdeckungsweise auf ein Jahr die Einführung der Blothwährung für Versicherungssummen und Prämien aufgenommen hat, während die Versicherung selbst auf 10 Jahre abgeschlossen wird. Schließlich empfahl der Vortragende noch nach dem Vorbilde zahlreicher Gemeinden in Deutschland die Errichtung von Gemeinde-Feuerversicherungsverei- nen zur Leistung von Naturalien, Spannbändern usw. bei einem Brandschaden. Im Kreise Inowroclaw habe eine Gemeinde einen solchen Verein mit sämtlichen deutschen und polnischen Mitgliedern ins Leben gerufen.

An beide Vorträge, die lebhaften Beifall auslösten, knüpften sich ebenfalls eingehende Besprechungen, die bewiesen, daß die Aus- führungen reges Interesse erweckt hatten.

Nachdem der Verbandstag dann noch der Anregung des Ver- bandsdirektors Dr. Wegener auf Befestigung der beiden Unter- verbände Bromberg und Rattowik Folge gegeben hatte, schloß Dr. Wegener den Verbandstag mit Worten des Dankes an die Erschienenen und mit dem Wunsche auf frohes Wieder- sehen im Jahre 1924.

Mia May

als

Gräfin von Paris

(643)

Aus Stadt und Land.

Posen, den 16. Mai.

Hauswirtschaftliche Fragen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in der ersten des 20. hat die Führung eines Haushaltes beträchtliche Veränderungen erfahren, und die Großmütterchen, die noch die gute alte Zeit gekannt haben, schüttelten oftmals den Kopf über die modernen Gepflogenheiten. Die Töchter der neuen Zeit jedoch dachten mit leisem Schauder an die Zeit zurück, wo man selbst das Brot backen mußte, selbst die Strümpfe strickte, wo das Spinnrad und der Webstuhl zu den Hausgeräten gehörten. Dem Zuge der Zeit folgend, machten sie sich gern alle Erleichterungen und Vereinfachungen zunutze und schlugen eifrig in Büchern nach, um praktische Einrichtungen kennen zu lernen. Ein Buch wie das bekannte „Ich kann wirtschaften“ war ein wertvoller Ratgeber. Das letzte Jahrzehnt hat auch diese Kenntnisse veralten lassen, und heute kann noch lange nicht jede Frau wirtschaften, die früher eine tüchtige Hausfrau war. An den Erfindungsgeist und die geschickten Hände der Hausfrau werden heute noch höhere Anforderungen gestellt, als in der oft bespöttelten alten Zeit, denn die allgemeine Verarmung und der Mangel an vielem, was früher zum eisernen Bestande gehörte, haben die Wirtschaftsführung von Grund auf umgewandelt. In den deutschen hauswirtschaftlichen Zeitungen kann man heute täglich praktische Winke für die neue Zeit lesen und sieht mit Staunen, daß sich die Anpassungs- fähigkeit der Frauen auch hier bewährt. Die deutschen Frauen in Polen forschen ebenfalls eifrig in diesen Zeitungen und müssen sehr oft traurig feststellen, daß vieles, was drüben erprobt ist, hier nicht gilt, weil die Verhältnisse so ganz anders sind und viele Hilfsmittel jetzt nicht zu haben sind. Wir müssen deshalb auf andere Weise uns zu helfen suchen, und die Erfahrung und die Hilfsmittel der tüchtigen Hausfrauen hierzulande für uns nutzbar machen. Der Frauenbund in Posen beabsichtigt in Zukunft mehr als bisher hauswirtschaftliche Kurse und Vorträge zu veranstalten und möchte selbstverständlich vor allen Dingen Fragen, die unsern Hausfrauen am Herzen liegen, behandeln. Welches sind nun die Schwierigkeiten, die hier besonders groß sind? Über welche Fragen möchten unsere Hausfrauen gern Aufschluß haben? Inwiefern stellt in Polen der Haushalt andere Anforderungen an die Leiterin, als es in Deutschland der Fall ist? Um dies alles zu klären, müssen die Hausfrauen selbst mitwirken. Der Frauenbund bittet deshalb die Hausfrauen, sich darüber zu äußern, was für Kurse und Vorträge sie wünschen, und fordert sie auf, Fragen und Anregungen an die Geschäftsstelle Poznań, Bathy Beszechskiego 2 (fr. Kaiserling) zu richten, damit das eingehende Material dann gesichtet und verarbeitet werden kann. Vielleicht wird es sich auch ermöglichen lassen, in den Zeitungen eine Frage- und Antwortkette einzurichten, um im kleinen Rahmen das zu erreichen, was viele Zeitungen für Hausfrauen mit Erfolg schon lange tun.

Also ans Werk! und eifrig gefragt und gefordert! Nur durch die Mitarbeit von allen kann der gewünschte Erfolg erreicht werden!

Vorturnerstunde des Gaus III der deutschen Turnerschaft in Polen.

Unter Leitung des Gauturnwarts fand am Sonntag in der städtischen Turnhalle in Lissa die Frühjahr-Gausturnerstunde, verbunden mit einem volkstümlichen Wettturnen statt. Erschienen waren die Vereine Bojanowo, Krotoschin, Lissa, Obornik, Posen, Puniń, Ramitsch, Schmiegel und Zbunh, insgesamt mit 50 Turnern und 25 Turnerinnen.

Nach allgemeinen Freiübungen folgte Gerätturnen am Reck (Oberstufe Vorturner Posen), Barren (Mittelstufe Vorturner Lissa), Pferd (Unterstufe Vorturner Ramitsch), Frauenabteilung Barren (Vorturner Lissa), Pferd (Vorturner Posen). Nach allgemeinem Rittturnen trat die wohlverdiente Mittagspause ein. Dank der Gastfreundschaft der Lissauer Turnerfamilien waren alle auswärtigen Turnerinnen und Turner zum Mittagbrot geladen. Nach einer vorher abgehaltenen Kampfrichterprüfung traten um 3 Uhr nachmittags 23 Turner und 22 Turnerinnen zum Wettkampf an. Im Kugelstoß, Weitsprung und 100 Meterlauf für Turner und Kugelstoß, Weitsprung und 50 Meterlauf für Turnerinnen sollten alle eine Probe ihrer Leistungen ablegen. Im allgemeinen war das Ergebnis nicht so, wie es erwartet wurde, und es mußte die fest- gesetzte Punktzahl für Sieger um 10 Punkte erniedrigt werden. Nach Beendigung des Dreikampfes fand ein Faustball-Wettkampf zwischen den Vereinen Lissa, Posen und Ramitsch statt. In der darauffolgenden Siegerverkündigung konnten als Sieger genannt werden: Senf-Lissa mit 44, Sauer Feliz-Lissa mit 42, Seubertlich-Lissa mit 41, Michler-Posen mit 40, Hoffmann-Bojanowo mit 38, Reich Pawl-Ramitsch mit 35 und Reich Walter-Ramitsch mit 32 Punkten. Lobend erwähnt wurden Seeliger-Posen mit 29, Sandke-Ramitsch mit 29 und Hoffmann I-Schmiegel mit 28 Punkten. In der Frauenabteilung gingen als Sieger hervor: Frä. Grunau-Lissa mit 39, Frä. Zurekch Lissa mit 38, Frä. Verndt-Lissa mit 34, Frä. Maher Sophie-Ramitsch mit 33, Frä. Maher Herta-Lissa mit 31 und Frä. Meher Wanda-Ramitsch mit 31 Punkten. Lobend erwähnt wurden Frä. Walenski-Posen mit 29, Frä. Biagini-Posen mit 29, Billigmann-Lissa mit 28 Punkten. Im Faustball-Wettkampf siegte Lissa und hat somit für dieses Jahr die Gau- meisterschaft errungen. Mit einem „Gut Geil“ auf die Turnfeste wurde die Veranstaltung um 6 Uhr nachmittags geschlossen. Einige turnerische, geschäftliche Angelegenheiten und gemüthliches Beisam- mensein im Hotel Conrad hielt alle Turnergenossen bis zur Ab- fahrt ihrer Züge zusammen.

X Die neue Rauchwarensteuer, deren Einführung wir für den gestrigen 15. Mai voraussetzten, ist pünktlich eingetreten. Sie beträgt für Tabak, Zigarren, Zigaretten 20—25 v. H. Wer glaubt nun noch nicht an den immer wieder in Aussicht gestellten „Preisabbau“?

Großes Theater. Heute, am Mittwoch, kumperbinds Mär- chenoper „Hänsel und Gretel“ mit den Damen Fontanowa und Penczewska in den Titelfrollen. Morgen, Donnerstag, „Gaila“ mit

Maria Katuska von der Warschauer Oper. Die übrigen Hauptrollen spielen Hr. Majchzal und die Herren Malawski, Romejko und Urbanowicz. Kapellmeister Herr Wojciechowski. Am Sonnabend Wiederholung der Oper „Marja“. Die Partie des Wacław singt Herr Wolinski. Kartenverkauf bei Górski, Hotel Monopol.

Tanzabend Kirschanowa-Fortunato. Am Montagabend gab das bekannte russische Tänzerpaar im Großen Theater einen Abend mit ganz neuem Programm. Am Anfang stand eine Ballett-Parade von Tschailow: In phantastischen Kostümen wurde sie bald von dem Paar, bald von einem einzelnen Partner getanzt. Die Ausbildung der Tänzer, die Sprungfähigkeit, die Eleganz und die Schönheit der Körper ist recht anerkennenswert. Auffällig war die Kürze der einzelnen Darbietungen und der ganzen Vorstellung. Von den übrigen Teilen des Programms sei noch erwähnt die den Abschluss bildende Suite von Borodin. Die Kostüme, die Tanzdarbietung, die hier fast den Charakter der Pantomime trug, und die sich immer steigende Beweglichkeit machten einen fortwährenden Eindruck. Man hatte übrigens den Eindruck, daß die Art von Tanz wie die Kostüme echt russisch und auf volkstümlichem Grunde erwachsen ist. Das gedruckte Programm wurde nicht ganz innegehalten. Eine Solozugabe Fortunatos wirkte besonders erfreulich; man sagte, es sei ein kaukasischer Tanz. Diese Darbietung trug einen archaischen Charakter und erinnerte an die Bewegungsfiguren, in denen auf altägyptischen Malereien die Menschen festgehalten werden. Besonders eigenartig wirkte hier eine wellenförmige Bewegung der Arme, die dabei den Eindruck machten, als seien sie breite flatternde Bänder. Die musikalische Begleitung stand keineswegs auf der Höhe und geriet mit dem sicheren Takt der Tänzer öfters in Zwiespalt. — Im ganzen ein erfreulicher Abend.

X Kindesmorde. In Solatsh hat ein bei einer Herrschaft bedienstetes Dienstmädchen sein neugeborenes uneheliches Kind unmittelbar nach der Geburt getötet und die Leiche in einen Korb gepackt, in dem sie vorgefunden wurde. Das Mädchen wurde der Entbindungsanstalt zugeführt. — Gestern wurde auf der Góra Przemysłowa (fr. Schloßberge) von einem unbekannten jungen Manne ein Karbon gefunden, der die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts enthielt. Es ist noch nicht festgestellt, ob es sich um das Opfer eines Verbrechens handelt.

X Straßenunfall. Gestern nachmittag in der 5. Stunde wurde in der ul. Witowska (fr. Dufur Straße) ein Herr von einem Kraftwagen überfahren und dem Stadtkrankenhaus zugeführt. Dort wurden bei ihm schwere innere Verletzungen festgestellt.

X Diebstähle. Gestern wurde aus einer Schlosserei in der Grobla 5 (fr. Gadenstraße) Schlosser- und Installationshandwerkzeug im Werte von 3 Millionen Mark, aus einer anderen Schlosserwerkstätte in der ul. Przemysłowa 7 (fr. Margaretenstraße) Handwerkzeug im Werte von 4 Millionen Mark gestohlen. In der ul. Graniczna 4 (fr. Grenzstraße) wurden aus einer Wohnung ein Spiegel, eine Singer-Nähmaschine, größere Mengen weiche und rote Leinwand, ein Kinderwagen, ein eiserner Ofen und 8 Hemden im Werte von 4 Millionen Mark gestohlen.

X Da werden Weiber zu Vätern. Gelegentlich einer scharfen ehelichen Auseinandersetzung bearbeitete ein Vertreterin des schwachen Geschlechts in der ul. Posnanska (fr. Posener Straße) ihren Ehemann derartig mit einem Messer, daß er ins Stadtkrankenhaus geschafft werden mußte.

*** Gulmsee, 15. Mai.** Ausgewiesen wurde der hiesige Kinobesitzer Julius Sieben und dessen Vater als Gegenmaßregel gegen die Ausweisung eines Polen aus Deutschland.

S. Gräbendorf, 14. Mai. Zu der gelagerten Versammlung des Bauernvereins hatte sich eine stattliche Anzahl von Herren und Damen eingefunden, die von dem Vorsitzenden, Gutsherrn Michle, begrüßt wurden. Brennereiverwalter Völcker-Mittelt wurde zum Schriftführer gewählt, worauf der Kreisgeschäftsführer einige geschäftliche Mitteilungen machte, besonders bezüglich des nunmehr endgültig abgeschlossenen Tarifvertrages. Sodann hielt Dr. Poewenthal-Polen einen Vortrag über „Arbeit und Beruf“. Den interessanten Ausführungen folgten die Zuhörer mit großer Aufmerksamkeit und gaben ihren Dank durch lauten Beifall Ausdruck. Es wurde in Aussicht genommen, im Juni einen Ausflug durch die Felder, möglichst zu einem benachbarten Bauernverein, zu machen, unter möglichst starker Beteiligung der Damen. Dem Verein traten drei neue Mitglieder bei.

*** Konitz, 15. Mai.** Am Sonntag fand hier in der evangelischen Pfarrkirche die Einführung des neugewählten Pastors Krause statt. Somit hat die hiesige Gemeinde nach fast einjähriger Vakanz nun wieder einen Seelsorger.

Aus Kongresspolen und Galizien.

*** Aus Wolhynien, 12. Mai.** In der Nähe von Roshysa ist die Polizei 3 Banditen auf die Spur gekommen, die sich verweigert wehrten. Es folgte ein Feuergefecht ein, das mehr als eine Stunde dauerte und den Brand einer Scheune verursachte, der den Flammentod sämtlicher Banditen zur Folge hatte.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

Polthrechnung in den Postsparkassen. Der Verband polnischer Privatversicherungsgesellschaften hat die Postsparkasse um die Organisation von Ein- und Auszahlungen in Polth auf den Postämtern zwecks Erleichterung der Befreiung und Einziehung der Versicherungsbeiträge angegangen. Das Anliegen sieht einer günstigen Erledigung entgegen. — Wie bekannt, wurde schon einmal angekündigt, daß die Postsparkassen Polthkonten eröffnen würden; diese Maßnahme ist aber dann wieder vertagt worden.

Industrie.

© Gurtownia Spółka Spółnościowa, Tow. Akc., in Posen hat von S. Klinger die Maßstabsfabrik in Posen für 170 Millionen Mark erworben. Die neu erworbene Fabrik ist bereits in Betrieb gesetzt worden.

© Die Aktiengesellschaft Browary Krotoszyńskie hielt eine außerordentliche Versammlung ihrer Aktionäre ab, in der beschlossen wurde, das Aktienkapital um 120 Millionen, das heißt von 35 auf 155 Millionen Mark zu erhöhen. Es werden gewöhnliche Aktien für 105 Millionen emittiert. Für eine alte Aktie gibt es drei junge zum Kurse von 300 Prozent. Für die Summe von 7½ Millionen werden Vorzugsaktien für die Aktionäre zum Kurse von 800 Prozent und für dieselbe Summe ebenfalls Vorzugsaktien für die Bank Związków Spółek Krotoszyńskich herausgegeben.

Von den Märkten.

(Ohne Gewähr.)

Getz. In Grodno wurden angeboten 100 Waggon hiesiger Bezugsabteilungen in 1000 Mtp.: Langholz Kiefer frisch 150 bis 160 (be lebhaftem Angebot), Fichte 140—150, Kieferstämme zum Export ohne Knoten 250—265, Fichte 220—230, Telegraphenstangen zum Export 150—160 (längere), 125—135 (kürzere), Grubenholz Kiefer und Fichte, verschied. Ausmaß 100 und 110, „Deals“ (Kiefer) 450—460, „Battens“ (Kiefer) 380—390, Fichte (Deals) 400—420, Fichte (Battens) 350—360, Kiefernbohlen für Tischlereien 360—370, für Zimmerleute befehligen 265—270, Fichte 245—250, Papierholz hält sich auf 100—110 pro Raummeter, stets große Nachfrage von seitens ohrenreicher Fabriken, hartes Angebot. Eisenbahnschwellen, Kiefer 35—38, „Sleepers“, Kiefer 52 bis 53 das Paar, einzelne 31—32 pro Stück. Brennholz 750—760 pro Behtonnen-Waggon. Die hohen Transporttarife haben bewirkt, daß fast der ganze Export aus dem hiesigen Bezirk via Grajewo-Proßki nach Königsberg geht. Die allgemeine Tendenz ist schwach.

Kohle. In Warschau wurden pro Kilo franko Waggon Station Warschau bezahlt: Karwiner Gußstahl 635, Güttens 615, Oberkohl, Grobkohl 420, Dabrowa-Kohle grob 280, oberkohl. Grobkohl 330.

Auslandsmarkt.

Metalle. In Berlin: Elektrolytkupfer 16 069, raffiniert, Kupfer 99 bis 99,3 Proz. 13 300—13 700, Original Güttenaluminium 5100 bis 5200, Rohzink 5800—6000, Original Güttenaluminium 98—99 Proz. 20 100, Zinn 43 000—43 500, Zinnzinn 99 Proz. 42 500 bis 43 000, Reinmetall 98 bis 99 Proz. 24 000—24 500, Antimon 5400 bis 5500, Silber in Stäben ca. 900 000—920 000.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 16. Mai 1923.

(Ohne Gewähr.)

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo, bei sofortiger Waggonlieferung.

Weizen	202 000—222 000	Weizenkleie	56 000
Roggen	114 000—124 000	Roggenkleie	56 000
Vaagerste	100 000—104 000	Rabatttariffen	6 000—6 500
Hafer	133 000—138 000	Roggenstroh, lose	38 000—44 000
Weizenmehl	—	gepr.	50 000—58 000
Roggenmehl	200 000—210 000	Neu, lose	45 000—51 000
(inkl. Sack)	—	gepr.	55 000—63 000

Tendenz: ruhig.

Posener Viehmarkt vom 16. Mai 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: Färsen und Kühe: I. Sorte 790 000 M., II. Sorte 690 000—700 000 M., III. Sorte 580 000—590 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 700 000—720 000 M., II. Sorte 620 000—640 000 M., III. Sorte 520 000—560 000 M.

II. Schafe: I. Sorte 680 000—700 000 M., II. Sorte 600 000 bis 620 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 1140 000—1150 000 M., II. Sorte 1 070 000—1 080 000 M., III. Sorte 960 000—990 000 M.

Der Auftrieb betrug: 672 Rinder, 919 Kälber, 590 Schafe, 1971 Schweine. — Tendenz: ruhig.

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Bancketten:	16. Mai	15. Mai
Bank Poznański I.—II. Em.	3000	—
Bank Przemysłowa I. Em.	12 000—11 000	11 000—12 000
	—11 500	—11 500
Bank Jednoczenia I. Em.	7000	—
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.—X. Em.	17 000	17 000
Polski Bank Handl., Poznań I.—VIII.	13 000	12 000—13 000
Poln. Banki Kiemian I.—IV. Em.	—	—
(o. Kupons)	3800—3500—3800	3000—3700
Bank Młynowy	1300	—
Bank M. Stabthagen-Hydrofaks	—	7000
Industrieketten:		
Arcona I.—IV. Em.	8500—9000	9000
Hydrofaks Fabryka Rybki I. Em.	—	—
(o. Kup.)	4000	—
R. Barcikowski I.—IV. Em.	3500	3500
Browary Krotoszyńskie I.—IV. Em.	38 000—41 000	38 000
Brześciński I.—II. Em.	11 000—10 000	10 000—11 000
C. Cegielski I.—VIII. Em. (St. abgest.)	5000—6000	65 000
Centrala Rolników I.—IV. Em.	3500—4000	3400—3500
Centrala Stok I.—IV. Em.	8200—9000	7000—8500—8200
C. Hartwig I.—V. Em.	4000—4500	4500—4000
Carlwig Kantorowicz I. Em.	32 000—33 000	35 000—32 000
Gurtownia Związkowa I.—III. Em.	775—850	750—800
Gurtownia Stok I.—III. o. Kup.	5000	5500
Hersfeld-Bittorus I.—II. Em.	—	28 000
Kuno I. Em. (o. Kupons)	5000	—
Kubań, Fabryka Przem. Kiemian I.—IV.	200 000	200 000—210 000
Dr. Roman Man I.—IV. Em.	80 000	90 000
Młyn Kiemianowski I. Em.	12 000—13 000	12 000—13 000
Orient I.—II. Em.	2000—2400—2200	2000—2100
S. Penkowski I. Em.	4500—5000	4600—4900—4800
Polonia I.—II. Em. (exkl. Kupons)	4200—4300	4300—4000
Papiernia, Hydrofaks I.—III. Em.	—	13 000—12 000
Patria I.—VII. Em.	6800—7000	7200—7000
Poln. Spółka Drzewna I.—VI. o. Kup.	27 500—28 000	33 000—31 000
Spółka Stolarzka I.—II. Em.	—	17 500—15 000
	—	—17 000
Sarmatia I.—II. Em.	—	9000
Starogardzka Fabr. Mebli I. Em.	5000—5500	5000—5500—5000
Stanina I.—IV. Em.	—	9500
„Unja“ (früher Bengel) I. u. II. Em.	29 000—30 000	32 000—31 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	13 000—13 500	16 000—14 000
Wielkopolska Chemiczna I.—III. Em.	5000	4700—5100—5000
Wroch Chemiczne	80 000	—
Zjedn. Browary Grodziskie I.—II. Em.	—	—
(exkl. Kupons)	16 000—17 000	15 500—15 000

Warschauer Börse vom 15. Mai.

Devisen:

Belgien 2755, 2740,	Paris	3195, 3175,
Berlin 1.09, 1.03½,	Prag	1432½, 1425,
Danzig 1.09—1.08½,	Schweiz	8665, 8599,
London 222 750, 221 500,	Wien	68¾, 66¾,
Neuport 47 750,	Italien	2367½, 2350,
	Holland	18 850, 18 765.

Danziger Mittagskurse vom 16. Mai.

Die polnische Mark in Danzig 87—87½
Der Dollar in Danzig 43 000—43 500

Berliner Börsenbericht

vom 14. Mai.

Dist.-Komm.-Anleihe	26 500—	Polnische Noten	92.50
Danz. Priv.-Aktienbank 13 100.—	—	Auszahlung Holland	18 000.—
Hartmann Masch.-Aktien 39 000.—	—	„London	213 000.—
Phönix	183 000.—	„Neuport	46 000.—
Schudert	156 000.—	„Paris	3 045.—
Sapag	92 250.—	„Schweiz	8 100.—
3½% Pol. Pfandbriefe	1 000.—	„Ungarische Goldrente	—
Auszahlung Warschau	93.00		

Geschäftliche Mitteilungen.

— Das Kino Apollo bittet uns um die Veröffentlichung folgender Mitteilung: Die weltberühmte Künstlerin Mia May und ihr Gatte, der König der Regisseure, Joe May, Geliebter berühmter Stüde, kommen nach Posen gelegentlich der Aufführung ihres neuesten Kunstwerks „Die Gräfin von Paris“ am 18. Mai.

Ankäufer a. Verkäufer

Wir bieten antiquarisch gut erhalten zum Kauf an: **Methode Foucault-Langenscheidt**

„Lateinisch“ and sehen Angebote entgegen. **Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.**

Polen.

Haus-

grundstück,

neu, massiv, auf dem Bunde, ca. 2 Morgen groß, i. Preise 3000000, geeignet f. Handwerker. sofort verkäuflich. Gest. Anfragen u. C. A. 7082 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Mikroskop

für Fleischbehalter sehr gut erhalten und voll gebrauchsfähig, preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl. d. Blattes.

Orehrolle, 1 Bierapparat, goldene Damenuhr

zu verkaufen. **Baldert, Poznań, Gen. Pradzyńskiego 10.** 47116

Schwarzes Pianino,

kreuzsaitig, schöner Klang, einjährig, Kabriolet, neu, umhängebare zu verkaufen. Preis 10½ Million Mark. Zu erfragen Poznań, Waly Jana III. 11, I. u. II. (7133)

Bieten antiquarisch in gutem Zustand zum Kauf an: **Alpenberg, Deutsches Reisebuch.** Ausgabe A. III. Teil, Ausgabe B. IV. Teil. Jeder Buch für deutsche Schulen. 1. Heft.

Einrich, Lehr- und Übungsbuch der Mathematik für höhere Mädchenschulen. I. u. II. Teil. Bernstoff für den Religionsunterricht von Weinhausen. Muff und Tamman, Deutsches Reisebuch für höhere Mädchenschulen. I. III. u. IV. Band. Neubauer, Geschäftliches Lehrbuch. Ausgabe B. IV. Teil.

G. Bloch, Übungsbuch D. Rohmann, Französisches Lese- und Rechenbuch. Mittel- und Oberstufe.

Rohmann und Schmidt, Übungsbuch für höhere Mädchenschulen. 2. Lehrbuch der französischen Sprache **Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.** Abt. Verlagsbuchhandlg. Poznań, Zwirnyńska 6.

Möbelstagen

auch außerhalb prompt und gewissenhaft führt aus **Mag Bernhardt, Möbelhändler, Alje Marcinkowskiego 3b.**

Kapitalkräftiger Kaufmann

für eine sichere ausländische Handelsunternehmung sofort gesucht. Off. unter D. M. G. 7132 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gesucht zum 1. August d. J. ein erfahrener, zuverlässiger und unverheirateter **Brennereiverwalter,**

der kleinere Reparaturen selbst ausführt. Gehaltsansprüche und Zeugnisse an **Geheimrat Dr. Jonas in Szydłowa, powiat Mogilno.** (7077)

Perfekte Stenotypistin,

firm in Deutsch u. Polnisch, für **Gutsverwaltung** auf Land gesucht. Offeren mit Gehaltsansprüchen bei freier Station um. B. 7122 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gesucht zum 1. oder 15. Juni, perfektes **1. Hausmädchen**

für größeren Landhaushalt.

Leitung der Wäsche, Glanzplätzen u. Ausbessern erforderlich. Einwasch Schneidern erwünscht. — Zeugnisse mit Angabe der Gehaltsansprüche an **Baronin Lüttwitz, Olesnica, pow. Chodzież**

Suche für meinen fleißigen und tatkräftigen **verheirateten Inspektor,**

der 4 Jahre bei mir ist, anderweitige Stellung. **C. Förster, Bronikowo, pow. Smiegiel.** (7095)

Lehrling und junges Fräulein

für meine Buchhandlung sofort gesucht. **Reichelt'sche Buchhandlung, Poznań ul. Kantaka 5.**

Gelernter Landschafts-Gärtner

übernimmt noch das Zurecht-machen von Schrebergärten, Villengärten, Parkanlagen. Auch werden Gärten u. m. in laufende oder zeitweise Pflege genommen. **M. Kanikowski, Poznań, ul. Szamarzewskiego 13/15. Poznań, Dąbrowskiego 41a.**

Konditor!

Spezialist in Torten- Dessert- Garnituren, berechtigt zur Annahme des **Praktikanten im Gärtnerfach** auf größtem Gut. — Ware gegebenenfalls bereit in freizeitlichen Unterricht im Polnischen zu erteilen. — Angebote erbeten unter „Gärtnerin“ 7126 an d. Geschäftsstelle d. Bl.

Absolventin höherer Gärtnerkurse,

Polin, evangelisch, der deutschen Sprache mächtig, sucht **Befähigung als Praktikantin im Gärtnerfach** auf größtem Gut. — Ware gegebenenfalls bereit in freizeitlichen Unterricht im Polnischen zu erteilen. — Angebote erbeten unter „Gärtnerin“ 7126 an d. Geschäftsstelle d. Bl.

Zuverlässige Buchhalterin,

mit allen Bureauarbeiten vertraut, sucht zum 1. Juni Stellung. Gefällige Zuschriften erbeten unter „Buchhalterin 7130“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Lehrling

der Interesse für das Mädel-handwerk hat, kann ab 1.6.23 eintreten. **Motorwägle, Cemicynnet, pow. Nowy-Tomysl.** (7127)

Verheirathete Schneiderin

(auch **Kinder-Garderobe**) per sofort gesucht. (7134) **konfektionsgeschäft, Jadwiga Michalopoulos, ul. Szamarzewskiego 13/15. Poznań, Dąbrowskiego 41a.**

Verheirateter Landwirtsch.-Beamter

dessen Hauptinteresse in der Zucht von schwarzbuntm Niederungsvieh u. Schweinen liegt, sucht zum 1. 7. oder später Stellung auf mögl. einseitigem Vorwerk oder als **Hofbeamter.** Frau, d. poln. Sprache in Wort u. Schrift mächtig, übernimmt Büroarbeiten u. poln. Korresp. Off. u. A. 7125 a. d. Geschäftsst. d. Bl. zu richten.

Stenotypistin

(Anfängerin) seit drei Jahren tätig, mit Büroarbeiten vertraut, sucht ab 1. 7. 23 Stellung. evtl. früher auch nach auswärts. Off. u. A. 7086 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Ein arbeitames **Mädchen**

vom Lande wünscht mit Kind bald oder 1. Juli in Stellung zu gehen. Lohn nach Ueberrichtung. Gest. Off. u. A. 7113 a. d. Geschäftsst. d. Bl.